

EUROPÄISCHES GEWERKSCHAFTSINSTITUT

A 99 - 08702

Info 30

**Wirtschaftsreformen
in Mittel- und Osteuropa**

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI) ist ein Instrument der europäischen Gewerkschaftsbewegung für Forschung, Information/ Dokumentation und Bildungsarbeit. Es wurde auf Initiative des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) im Jahr 1978 gegründet, um sich mit den europäischen Aspekten der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen zu befassen, die von besonderer Bedeutung für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind.

Der EGB besteht aus den folgenden Gewerkschaftsbünden, die zugleich auch Mitglieder des EGI sind und seine Beschlussorgane bilden:

BELGIEN	CSC/ACV FGTB/ABVV
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	DGB
DÄNEMARK	LO FTF
FINNLAND	SAK TVK
FRANKREICH	CFDT CGT-FO
GRIECHENLAND	GSEE
GROSSBRITANNIEN	TUC
IRLAND	ICTU
ISLAND	ASI BSRB
ITALIEN	CGIL CISL UIL
LUXEMBURG	CGT-Lux. LCGB
MALTA	GWU CMTU
NIEDERLANDE	FNV CNV
NORWEGEN	LO
ÖSTERREICH	ÖGB
PORTUGAL	UGT-P
SPANIEN	UGT STV-ELA
SCHWEDEN	LO TCO
SCHWEIZ	SGB CNG
TÜRKEI	DISK TÜRK-İŞ
ZYPERN	SEK TÜRK-SEN

Herausgeber: Günter Köpke, EGI, Boulevard de l'Impératrice, 66, 1000 Bruxelles.

Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa

A 99 - 08702



Europäisches Gewerkschaftsinstitut
Brüssel 1990

VORWORT

Seit der Gründung hat sich das EGI mit den europäischen Aspekten der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen in Westeuropa beschäftigt, die für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften von besonderer Bedeutung sind.

Mit dem Aufbruch von Gorbatschow in der Sowjetunion durch Glasnost und Perestroika im Jahre 1985, den danach folgenden revolutionären Entwicklungen in Polen und Ungarn sowie den jüngsten dramatischen Veränderungen im Jahre 1989/1990 in der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien erweitert sich auch das gewerkschaftliche Interesse, diese völlig neue Situation zu analysieren und Perspektiven zu diskutieren.

Das EGI veranstaltete deshalb am 23./24. April 1990 in Brüssel erstmalig ein Seminar zum Thema: "Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa und ihre Beziehungen zu Westeuropa." Als Ergebnis des breiten Erfahrungsaustausches auf jenem Seminar wurde der Wunsch ausgesprochen, einen Teil der Referate, ergänzt durch Dokumentationen, durch das EGI zu veröffentlichen.

Das vorliegende Info beabsichtigt jedoch nicht, einen Überblick über die politische Umgestaltung in den mittel- und osteuropäischen Ländern oder den Stand der Demokratisierung der Gesellschaft wiederzugeben, in dessen Rahmen sich die Wirtschaftsreformen vollziehen können.

Der Schwerpunkt dieses Infos liegt auf der Entwicklung und den Stand der Wirtschaftsreformen selbst sowie ihrer Umsetzung in die Praxis. Vor dem Hintergrund der allerjüngsten Beschlüsse des Parlaments der UdSSR Ende September gewinnt dieses Thema erneut eine besondere Aktualität.

Die Entwicklung der Freiheitsräume für die Reform der Gewerkschaftsstrukturen in Mittel- und Osteuropa hatte den EGB im Juni 1990 veranlasst, ein Europäisches Gewerkschaftsforum zu schaffen, um einen Rahmen für den Dialog und die Kooperation zwischen dem EGB und den Gewerkschaften Mittel- und Osteuropas zu ermöglichen, die repräsentativ, unabhängig und demokratisch sind entsprechend den Grundsätzen des EGB. Dieser Beschluss des EGB wurde gefasst auf der Grundlage von Berichten von EGB-Delegationen, die Missionen in die Länder Ost- und Mitteleuropas unternahmen. Das EGI dokumentiert deshalb Auszüge aus diesen Berichten über die politische und gewerkschaftliche Situation im Anhang des vorliegenden Infos.

Wir hoffen, dass dieses Info über die Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa ein breites Echo findet und das Verständnis für die neuen Entwicklungen in Gesamteuropa fördern wird.

Brüssel, Oktober 1990

Günter Köpke
Direktor des EGI

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
I. Einführung	7
II. Allgemeiner Überblick über die Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa	9
- Sowjetunion	14
- Ungarn	18
- Polen	21
- Bulgarien	24
- Tschechoslowakei	25
- Deutsche Demokratische Republik	27
- Rumänien	30
III. Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion	35
- Perestroika	36
- Widerstand in der Bevölkerung	44
- Wirtschaftliche Hindernisse	46
- 6-Jahresprogramm	48
IV. Wirtschaftsreformen in den Baltischen Republiken	51
<u>Anhänge</u>	
I. Die Gewerkschaftsbewegung in Mittel- und Osteuropa	61
II. EGB beschließt Europäisches Gewerkschaftsforum	73
III. Statistiken	75
Liste der bisher erschienenen Infos	85

I. EINFÜHRUNG

Der vorliegende Bericht enthält einige wichtige Referate, die auf dem EGI-Seminar am 23./24. April 1990 gehalten wurden. Sie wurden teilweise überarbeitet und repräsentieren den Stand der Entwicklung Mitte dieses Jahres.

Kapitel II stellt einen allgemeinen Überblick der Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa dar. Dieses Einleitungsreferat wurde von Heikki Aintila, Forschungsreferent des EGI, gehalten. Nach einer kurzen Charakterisierung des Wirtschaftsplanungssystems, das in der Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Ländern bis vor kurzem gültig war, folgt eine Beschreibung der Versuche der Wirtschaftsreformen in den einzelnen Ländern.

Kapitel III gibt ein Referat wieder über die spezifische Problematik der Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion, das von Prof. Hugo de Maegd von der Universität Gent gehalten wurde. Ausgehend von der Darstellung der Perestroika geht der Autor besonders auf die menschlichen und wirtschaftlichen Hindernisse in der Sowjetunion ein, Wirtschaftsreformen erfolgreich einzuführen.

Kapitel IV schliesslich stellt ein ergänzendes Referat dar von Rudolf Jalakas von Svenska Handelsbanken, Stockholm, über die Wirtschaftsreformen in einem Teil der Sowjetunion, nämlich den baltischen Republiken.

Der Anhang enthält verschiedene Dokumente über die gewerkschaftliche Situation in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern, den EGB-Beschluss über die Schaffung eines Europäischen Gewerkschaftsforums und zahlreiche vergleichende wirtschaftliche und soziale Statistiken.

Die Redaktion der Texte und die Zusammenstellung der Anhänge lag in der Hand von Heikki Aintila, Forschungsreferent des EGI.

II. ALLGEMEINER ÜBERBLICK ÜBER DIE WIRTSCHAFTSREFORMEN IN MITTEL- UND OSTEUROPA¹

1. Einleitung

Zweck dieses Infos ist es, einige der wichtigsten Probleme, die im Zusammenhang mit dem in Zentral- und Osteuropa stattfindenden Prozess der Wirtschaftsreform auftreten, zu beschreiben und zu kommentieren. Es versucht nicht, endgültige Schlussfolgerungen zu ziehen oder politische Empfehlungen aufzustellen, sondern gibt einen allgemeinen Überblick, mit der Absicht, als Informationsmaterial zu dienen. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der der Reformprozess in den zentral- und osteuropäischen Ländern an Dynamik zugenommen hat, wenn auch nicht überall in gleicher Weise oder mit dem gleichen Tempo, liegt es auf der Hand, dass dieser Text nicht alle Erscheinungen der Wirtschaftsreform auf dem letzten Stand und umfassend behandeln kann. Er vermittelt ein Bild der Lage gegen Ende Mai.

2. Das Wirtschaftssystem

Zentral- und Osteuropa (kurz Osteuropa genannt) umfasst die sieben zentral verwalteten RGW- oder COMECON-Länder, nämlich Bulgarien, die Tschechoslowakei, die DDR, Ungarn, Polen, Rumänien und die Sowjetunion. Alle diese Länder waren dem gleichen Wirtschaftssystem unterworfen, das das osteuropäische oder sowjetische

¹ Referat von Heikki Aintila, Forschungsreferent beim EGI in Brüssel

Wirtschaftssystem genannt werden kann. Die Zentralverwaltungswirtschaft wurde in der Sowjetunion vor mehr als einem halben Jahrhundert errichtet. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde sie in den Ländern Zentral- und Osteuropas, die stark unterschiedliche kulturelle und historische Traditionen hatten, eingepflanzt. Diese sowjetartigen Wirtschaftssysteme haben bestimmte gemeinsame institutionelle Merkmale:

- erstens, Staatseigentum als die hauptsächliche Form sozialistischen Eigentums;
- zweitens, ein hochgradig hierarchisiertes Lenkungssystem mit den Industrieministerien;
- drittens, zentrale Planung des Produktionssystems;
- viertens, zentralisierte Verteilung der Produktionsfaktoren;
- fünftens, Staatsmonopol im Aussenhandel und sechstens, das Bestehen einiger Arten von Untergrundwirtschaft oder anderer Wirtschaftssysteme (polnische Landwirtschaft).

Diese institutionellen Merkmale sind eng verbunden mit bestimmten strategischen Zielen wie hohem Wirtschaftswachstum, raschem Strukturwandel, der mit der Einführung der zentralen Planung zusammenfällt, Vollbeschäftigung, stabilen Verbraucherpreisen und der Schaffung von wirtschaftlichen und sozialen Sicherheitsnetzen.

Die wichtigsten Instrumente der Wirtschaftspolitik, die im allgemeinen verwendet wurden, um diese Ziele zu verwirklichen, waren ein hohes Niveau der Investitionen, Vorrang für die Schwerindustrie und zentralisierte Verfahren für die Lohn- und Preisfestsetzung.

Dieser sowjetische Typ der "Kommandowirtschaft" formte die osteuropäischen Länder in überzentralisierte und bürokratische Gesellschaften um. Im Laufe der Jahre führte dies in vielen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zur Stagnation oder zum Niedergang. Eine Prüfung der internen Bedingungen dieser Gesellschaften deutet darauf hin, dass sie am Rande einer ernsten Krise stehen, die früher oder später eine umfassende Reform des Systems erfordern wird. Die Ereignisse der jüngsten Zeit in diesen Ländern machen diese Reform noch dringlicher.

Im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen, im Erziehungswesen und im Wohnungsbau hat sich herausgestellt, dass der Standard in einem schlechteren Zustand war, als dies früher im Westen angenommen wurde. Alle diese Länder erleben eine Umweltkrise, im Vergleich zu der die meisten anderen Umweltprobleme der Welt fast bedeutungslos erscheinen. Auch ist eine Demoralisierung der Gesellschaften, die von unehrlichem Wirtschaftsgebahren und Apathie begleitet wird, offensichtlich.

Im Bereich der Wirtschaft waren die Unternehmen keinen bindenden finanziellen Verpflichtungen für ihre Geschäftstätigkeit, ihre Investitionen und ihren Kapitaleinsatz unterworfen. Daher war ihr Bedarf nach Input fast unersättlich, während die Produktivität entsprechend gering war. Darüber hinaus waren die Preise für In- und Output administrativ auf einem Niveau festgelegt, das bedeutend von demjenigen abwich, das einen relativen Grad von Knappheit widergespiegelt hätte. Dieses unangemessene Anreizsystem und

das Fehlen von Marktpreisen führten zu einer Anzahl von Folgen. Die Aufrechterhaltung von Preisen, die zu niedrig angesetzt worden waren, erfordert ständig wachsende staatliche Subventionen. Das sich hieraus ergebende Haushaltsdefizit führt zu einem raschen Wachstum der Geldmenge, steigender Nachfrage nach knappen Gütern und daher verstärkten verdeckten Inflationstendenzen. Der der Schwerindustrie eingeräumte Vorrang bedeutete auch, dass das Angebot regelmässig nicht mit der Nachfrage übereinstimmte, sowohl auf der Ebene der Gesamtnachfrage als auch im Hinblick auf seine Zusammensetzung. Die damit verbundene Rationierung insbesondere von Konsumgütern führte zu einem Rückgang der Arbeitsleistung und dadurch zu einem weiteren Absinken des potentiellen Angebots.

Alle zentral- und osteuropäischen Länder sind mit ähnlichen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert: schleppendes Wachstum, Erzeugnisse mangelhafter Qualität, nachlassende Wettbewerbsfähigkeit beim Export und eine ineffiziente Verwendung materieller Ressourcen. Gegenwärtig erkennen die meisten dieser Länder die Notwendigkeit an, nicht nur von der herkömmlichen Planwirtschaft zu einer "modifizierten Planwirtschaft" überzugehen, sondern auch ihre Planungs- und Unternehmensführungssysteme zu überarbeiten, um das Wachstum eher auf der Grundlage von Produktivitätsfortschritten der Produktionsfaktoren als durch wachsenden Input der Produktion zu fördern. Die wichtigsten Faktoren, die die Entscheidungsträger veranlassen, nach wirksameren wirtschaftlichen Methoden zu suchen, umfassen die offensichtliche Unfähigkeit, sowohl der herkömmlichen als auch der modifizierten Planwirt-

schaft, eine effiziente Produktion hervorzubringen. Fast alle diese Länder sind gegenwärtig dabei, oder erwägen dies zumindest, von verschiedenen Modellen der zentralen Planung zu einer grundsätzlich marktbestimmten Wirtschaft überzugehen.

Obwohl es zweifellos eine grundsätzliche Ähnlichkeit bei dem Ausmass und der Schwere der wirtschaftlichen Probleme gibt, mit denen fast alle europäischen Planwirtschaften konfrontiert sind, kann es kein allgemein gültiges Rezept für die Beseitigung der Hindernisse für die zukünftige Entwicklung geben. Einige dieser Länder haben einen grossen Vorsprung im Hinblick auf die theoretische Erklärung der Rahmenbedingungen für die Reform und wie diese am besten durchgeführt werden soll. Aufgrund dieser Tatsache weichen die Lösungen der politisch Verantwortlichen in diesen Ländern stark voneinander ab.

3. Die Beurteilung der Wirtschaftsreformen

Die Modelle wirtschaftlicher Reform in den osteuropäischen Ländern können in vier Gruppen eingeteilt werden. Zunächst kommt die Sowjetunion, die nicht zu den radikalsten und konsequentesten Reformern gehört, die jedoch aus einer Anzahl von Gründen das wichtigste Modell ist. Ungarn und Polen sind radikale Reformer; Bulgarien und die Tschechoslowakei sind bislang Pseudoradikale gewesen; Rumänien ist schliesslich als konservativer Reformer zu nennen - bis zum Frühjahr 1990 galt gleiches für die DDR.

Die Sowjetunion

Die Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion waren durch ein Schwanken zwischen Zeiten der Zentralisierung (Kriegskommunismus, der erste Fünfjahresplan, der Krieg, die späten 50er und 70er Jahre) und Zeiträumen der Dezentralisierung (die Neue Ökonomische Politik 1921-28, die Mitte der 30er Jahre, die Zeit unmittelbar nach der Stalin-Ära, die zweite Hälfte der 60er Jahre und die letzten Jahre) gekennzeichnet.

In diesem Vermerk konzentrieren wir uns jedoch auf die dritte Nachkriegswelle der Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion, von 1985 bis zur Gegenwart. Die erste Entscheidung der Partei, auf die man sich gewöhnlich für die Folgen dieses dritten Typs von Wirtschaftsreformen beruft, ist die des Nahrungsmittelprogramms, das vom Plenum des Zentralkomitees im Jahre 1982, als Juri Andropow gerade Generalsekretär geworden war, verabschiedet wurde, und das die Diskussion vor der Reform auslöste. Die Behörden hatten jedoch noch nicht erklärt, dass sie irgendeinen grösseren Wandel anstrebten. Die Diskussion begann ernsthaft erst mit der Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär im März 1985.

Auf der Plenartagung des Zentralkomitees über die Wirtschaftsreform (Juni 1987) verband Gorbatschow die Demokratisierung ausdrücklich mit der Wirtschaftsreform: "Wir werden mit der Aufgabe der Perestroika (Umgestaltung) keinen Erfolg haben, wenn wir nicht entschlossen die Demokratisierung anstreben".

Die Orientierungen des gesamten Reformprogramms der Perestroika umfassen mindestens die folgenden Aspekte:

- eine Beschleunigung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung,
- radikale Reformen der Wirtschaftsleitung und des Planungsapparates,
- verstärkte Betonung einer sozialen Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung,
- eine deutliche Entwicklung und Diversifizierung der Formen internationaler Wirtschaftsbeziehungen,
- Wiederherrichtung des Rechts und des politischen Systems. Dies wird gewöhnlich "Demokratisierung" des sozialen Lebens genannt. Es umfasst zuweilen die Betonung eines freien Informationssystems, das "Glasnost" (Transparenz) genannt wird,
- Umformung anderer Aspekte des sozialen Lebens, die "sozialer Überbau" genannt werden und vom Erziehungswesen bis zur Kultur reichen.

Die hauptsächlichen Dokumente zur Wirtschaftsreform, das Gesetz über Staatsbetriebe (Genossenschaften) und die wichtigsten Bestimmungen für die grundsätzliche Umgestaltung der Wirtschaftsleitung wurden auf diesem Plenum verabschiedet. In dem darauffolgenden Monat wurde das Gesetz über die Staatsbetriebe durch zehn Dekrete über wesentliche Funktionen des Wirtschaftssystems und seiner Exekutivorgane ergänzt. Diese erste Phase der Umgestaltung kann als erste theoretische Fassung der Wirtschaftsreform beschrieben werden.

Die zweite Phase der Wirtschaftsreform, die bereits eingeleitet ist, war dem schrittweisen Übergang der

gesamten Wirtschaft zu neuen Methoden, wie sie von dem Gesetz über die Staatsbetriebe angestrebt wurde, gewidmet. Die Hauptziele dieser Phase waren die Unabhängigkeit der Staatsbetriebe und der kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe auszudehnen und die Möglichkeit der Wirtschaftstätigkeit für sonstige genossenschaftliche Unternehmen und für Individuen auszuweiten. Veränderungen in den Aussenwirtschaftsbeziehungen hatten bereits begonnen, bevor die allgemeine Reformgesetzgebung Mitte 1987 verabschiedet wurde. Das Hauptziel der zweiten Phase war die Dezentralisierung des Aussenhandels und die Ausschaltung von bestehenden Handelshemmnissen zwischen dem Binnenmarkt und den Auslandsmärkten. Das mittelfristige Ziel liegt darin, eine starke exportausgerichtete Industrie zu schaffen.

Die dritte Phase, oder Entwicklungen über die 90er Jahre hinaus, wurde im letzten Dezember im 6-Jahresprogramm vom Premierminister Ryschkow vorgestellt. Dieses 6-Jahresplan ist darauf ausgelegt, sich auf den Zeitraum zu erstrecken, in dem das neue System der Wirtschaftsleitung und -planung umfassend in Kraft treten wird.

Nachdem Michail Gorbatschow formal zum ersten Präsidenten der Sowjetunion gewählt worden war, erklärte er unverzüglich seinen Entschluss, die Geschwindigkeit der Wirtschaftsreform im Sinne der Schaffung einer Marktwirtschaft zu beschleunigen. Er versprach neue Schritte bei der Umformung der Eigentumsbeziehungen, Freigabe der Preise, Aufhebung von Staatsmonopolen und die Schaffung sowohl von Waren- als auch von Aktienbörsen. Er schlug auch vor, dass die Sowjetbehörden

eine starke Erhöhung der Kreditaufnahme im Ausland ins Auge fassen könnten, um eine drastische Zunahme von Konsumgütern in den Geschäften zu finanzieren.

Im Mai 1990 legte die Regierung den Entwurf eines wirtschaftlichen Reformprogramms vor, das im September dem Parlament unterbreitet werden soll. Dieses Programm umfasst Antimonopolmassnahmen, die Schaffung eines privaten Wohnungsmarkts, die Lockerung der Kontrollen ausländischer Investitionen und eine Reform des Bankwesens.

Um die Auswirkungen der Preiserhöhungen abzumildern, plant die Regierung eine umfassende Indexierung der Löhne, die mit Unterstützung der offiziellen Gewerkschaften durchgeführt werden soll.

Ein Bestandteil der sowjetischen Reformen besteht in der Förderung der Schaffung von Gemeinschaftsunternehmen. Man hofft, dass ausländische Unternehmen die Grundlage für stabilere Handelsströme, Anlageinvestitionen und Verbrauchsgüter liefern werden, die für die Förderung des Wachstums erforderlich sind. Die für die Schaffung von Joint Ventures erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen wurden 1987 verabschiedet. Der Anteil des Auslandskapitals bei diesen Gemeinschaftsunternehmen darf 49% nicht überschreiten, und es wurde festgelegt, dass der Direktor ein sowjetischer Bürger sein müsse. Ausländische Firmen, die an solchen Unternehmen teilnehmen, können einen Teil ihrer Gewinne in konvertibler Währung aus der Sowjetunion transferieren. Bei der Überweisung ins Ausland werden die Gewinne in Höhe von 20% besteuert.

Im Dezember 1988 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das ausländische Kapitalbeteiligungen über 49% zuließ, obwohl diese nicht bis zu 100% reichen dürfen.

Ende 1989 zählte die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) der Vereinten Nationen in der Sowjetunion mehr als 1.000 Gemeinschaftsunternehmen. Etwa 600 Firmen haben westliche Partner. Die Gemeinschaftsunternehmen sind jedoch klein, und einige davon sind auf westlichen Tourismus ausgerichtet. Die Führer der Sowjetunion sind mit diesen Ergebnissen nicht zufrieden. Um Auslandskapital anzuziehen, sind sie dabei, Freizonen zu schaffen. In diesen wirtschaftlich unbegrenzten Gebieten werden die Bestimmungen im Hinblick auf Steuern, Zölle und Sozialversicherung völlig andersartig und darauf ausgelegt sein, jeden Investor, der fühlbarere Ergebnisse anstrebt, anzulocken.

Radikale Reformer

Ungarn

Ungarn war die führende reformorientierte Zentralverwaltungswirtschaft. Sie begann ihren Reformprozess schon im Jahre 1968. Ungarn war das erste osteuropäische Land, das ein Handels- und Kooperationsabkommen mit der EG abschloss. Zusammen mit Polen ist es gegenwärtig Empfängerland des PHARE-Programms der Gruppe der 24.

Im Laufe der Jahre führte Ungarn eine Reihe vernünftiger Reformen durch. Die Hauptziele der Wirtschaftsreform von 1968 bestanden darin, von der zentralen Planung zu einer stärker dezentralisierten und marktorientierten Willensbildung zu kommen, bei der direkte Befehle von der zentralen Planungsbehörde durch indirekte währungspolitische Hebel ersetzt wurden. Das Staatseigentum und die herrschende Rolle der kommunistischen Partei wurden jedoch beibehalten.

Die nächste Phase der Wirtschaftsreformen von 1985-87 richtete sich auf die Veränderung des Systems der Unternehmensleitungen. Die Unternehmensleitung wurde den Betriebsräten gegenüber verantwortlich gemacht. Das Ziel bestand darin, die Macht der zentralen Planbehörden zu verringern. Diese Reform war zum Teil erfolglos, da die kurzfristigen vorrangigen Ziele, wie die Erhöhung der Preise und Löhne, für die Unternehmen wichtiger waren als die langfristigen Ziele einer wirksamen Produktion.

Die unterschiedliche Leistung der ungarischen Wirtschaft, insbesondere ihre hohen Auslandsschulden gegenüber den westlichen Ländern in der ersten Hälfte der 80er Jahre, war der Hauptgrund dafür, dass Ungarn bereits im Jahre 1982 dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beitrug. Dies war auch der Grund für die Reform des Bankwesens im Jahre 1987. Die Zentralbank wurde von den Handelsbanken getrennt und der binnenländische Bankensektor parallel zu der Einführung ausländischer Banken ausgeweitet. Die Budapester Börse wurde 1989 eröffnet. Der Aussenhandel wurde seit 1986 schrittweise liberalisiert. Seit Anfang 1988

ist jedes Unternehmen in der Lage, an Aussenhandels-transaktionen teilzunehmen.

Diese Phase der Wirtschaftsreform umfasst zwei wesentliche Merkmale: Einführung der Mehrwertsteuer und einer progressiven Einkommenssteuer am 1. Januar 1988. Dieses neue Steuersystem soll zu einer Verbesserung des Preis- und Lohnbildungsmechanismus beitragen.

Die neue konservative Regierung Ungarns hat in ihrem wirtschaftspolitischen Reformprogramm eine Schocktherapie verworfen und beschlossen, einen vorsichtigeren Kurs einzuschlagen, da die Schaffung der für die Marktwirtschaft erforderlichen Infrastrukturen und Institutionen Zeit erfordert. Die Regierung will auch die Arbeitslosigkeit so niedrig wie möglich halten, während sie gleichzeitig versucht, die Rolle des Staates in der Wirtschaft schrittweise zu verringern. So wird die Schliessung unrentabler Unternehmen und die Abschaffung staatlicher Beihilfen mehrere Jahre dauern.

Die neue Regierung hat die Absicht, die Abhängigkeit des Landes von der Sowjetunion weiter zu verringern, aber ist gewillt, sie als Ungarns Hauptquelle für Rohstoffe beizubehalten. Die Regierung möchte engere Kontakte mit Westeuropa herbeiführen und ist entschlossen, die Rückzahlung ihrer Auslandsschulden nicht zu verzögern.

Das neue Gesellschaftsrecht, das Anfang 1989 in Kraft trat, schaffte einen einheitlichen rechtlichen Rahmen für die Förderung der ungarischen Unternehmen und die

Schaffung von Joint Ventures. Das Gesetz bildet den rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen ein staatliches Unternehmen oder eine Genossenschaft sich in eine private Aktiengesellschaft oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandeln oder sich mit anderen Unternehmen zusammenschliessen kann. Mit Ausnahme einiger nichtgewerblicher und staatlicher Unternehmen erstreckt sich dieses Gesetz auf alle öffentlichen Unternehmen, Genossenschaften und Kleinunternehmen.

Die im Westen bestehenden Arten von Unternehmen sind von nun an in Ungarn zugelassen. Ausländische Staatsangehörige können mit ungarischen Staatsbürgern oder juristischen Personen ohne die Zustimmung des Staates Unternehmen gründen. Nur die Schaffung von Unternehmen mit mehrheitlicher oder ausschliesslicher ausländischer Kapitalbeteiligung ist der Genehmigung des Finanz- und des Aussenhandelsministeriums unterworfen.

Polen

In Polen war die Wirtschaftsreform seit Ende 1987 ein wichtiges Thema. Einige Aspekte der zentralen Planung wurden bereits im Jahre 1982 abgeschafft.

Die Hauptziele der zweiten Phase der Reform im Jahre 1987 waren eine grössere Unabhängigkeit für die Unternehmen, weniger direkte Einmischung der staatlichen Organe in die Unternehmen und eine verbesserte Koordination der Wirtschaftspolitik. Diese zweite Phase umfasste auch eine umfassende Umstrukturierung der Zentralregierung. Diese erstreckte sich auf die Abschaffung aller Ministerien für einzelne Industriezweige und die Schaffung des Industrieministeriums.

Die neue Regierung Mazowiecki begann mit einer "Schocktherapie": der Beseitigung von staatlichen Subventionen und der Abschaffung von Preis- und Lohnkontrollen. Diese Massnahmen waren schmerzhaft, denn die Inflation stieg auf eine dramatische Höhe an, und der Lebensstandard sank.

Das gegenwärtige Hauptziel liegt darin, die Inflation herabzudrücken und die Wirtschaft zu stabilisieren. Das laufende mit dem IWF abgestimmte Stabilisierungsprogramm, das seit Anfang Januar durchgeführt wird, konzentriert sich auf zwei Ziele: wirtschaftliche Stabilisierung und eine Rückkehr zur Marktwirtschaft. Die Hauptmerkmale des Stabilisierungsprogramms waren:

- die fast völlige Abschaffung des Preiskontrollsystems,
- die Errichtung eines einheitlichen Geldmarkts mit einem Wechselkurs, der Angebot und Nachfrage im Währungssektor ausgleicht,
- geringe Lohnerhöhungen,
- Ausgleich im öffentlichen Sektor,
- Rationalisierung der Kreditpolitik durch die Einführung von positiven Zinsen.

Die Veränderungen bei der Eigentumsstruktur umfassten folgende Massnahmen:

- Verkauf von Staatsbesitz durch Ausschreibung und öffentliche Versteigerung mit der Möglichkeit des Erwerbs von Anteilen zu privatisierender Firmen durch die Beschäftigten,
- Abschaffung der Monopole,
- Vereinfachung der Konkursverfahren,

- Abschaffung der Beschränkungen von Grundstückskäufen und der Grösse landwirtschaftlicher Betriebe,
- Entwicklung des Bankwesens und
- Eröffnung von Aktienbörsen.

Ein Reformplan für den Aussenhandel wurde 1987 verabschiedet und führte wirksamere Formen der Organisation des Aussenhandels ein. Die gegenwärtige Regierung führte diesen Prozess noch einen Schritt weiter und zwar mit folgenden Massnahmen:

- Abschaffung aller qualitativen und administrativen Hemmnisse für die Einfuhr von Waren,
- ein neues Zollsystem auf der Grundlage der GATT-Regeln, das Anfang dieses Jahres eingeführt wurde,
- die Einführung der internen Konvertierbarkeit des Zloty bei Handelstransaktionen mit ausländischen Währungen.

Eines der Ziele der Reform von 1989 bestand in der Förderung von Joint Ventures. Das neue Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen erlaubt die Schaffung aller Arten von Joint Ventures durch Unternehmen, Genossenschaften und natürliche Personen. Der ausländische Kapitalanteil kann bis zu 100% gehen und muss mindestens 20% des Stammkapitals ausmachen. Das neue Unternehmen wird während der ersten drei Jahre von der Ertragssteuer ausgenommen, und diese Ausnahme kann auf weitere drei Jahre verlängert werden, falls das Unternehmen in einem vorrangigen Sektor tätig ist. Danach beläuft sich der Steuersatz auf 40% im Vergleich zu 50% für polnische Unternehmen. Das Gemeinschaftsunternehmen kann seine Tätigkeit gestalten wie es will,

nicht-polnische Staatsangehörige beschäftigen und die Löhne festlegen. Diese neuen Bestimmungen haben die Anzahl von Gemeinschaftsunternehmen rasch ansteigen lassen. Ende 1989 beliefen sie sich auf mehr als 600.

Pseudoradikale

Bulgarien

In Bulgarien sind Wirtschaftsreformen während der letzten zehn Jahre intensiv diskutiert worden. Während dieser Zeit hat das Land theoretisch mehrere umfassende Wirtschaftsreformen verabschiedet, aber durchgeführt wurden nur kleine Schritte. Dies hat zu einer unübersehbaren Vielzahl von verwirrenden Reformmassnahmen geführt.

Die bulgarische Gesetzgebung über Gemeinschaftsunternehmen weist einige interessante Merkmale auf. Sie setzt eine Grenze für die Auslandsbeteiligung fest, und der Steuersatz von 20% ist der niedrigste aller RGW-Länder. Es gibt jedoch andere Erscheinungen, die das ausländische Interesse dämpfen könnten. Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sind für alle Aussenhandelstransaktionen erforderlich, und der Vorstandsvorsitzende sowie der Vorstand müssen bulgarische Staatsangehörige sein.

Ende 1989 waren die Ergebnisse mit nur 40 Gemeinschaftsunternehmen wenig ermutigend. Diese konzentrierten sich auf den Bereich der Industrie und den Dienstleistungssektor, insbesondere den Bereich des Tourismus. Einige Beispiele von Gemeinschaftsunterneh-

men spiegeln jedoch neue Arten der Zusammenarbeit wider, so zum Beispiel im Bereich der Spitzentechnologie, der biomedizinischen Forschung und bei der Herstellung von medizinischen Ausrüstungen.

Tschechoslowakei

Bislang haben die Regierungen nur die Rhetorik der Wirtschaftsreform betrieben. Sie haben sich als unfähig erwiesen, zwischen staatlicher Planung und Marktwirtschaft zu wählen. Das Land besitzt immer noch das beste Potential aller RGW-Länder für Wirtschaftsreformen. Die Wirtschaft ist nach innen und aussen hin ziemlich ausgeglichen, und das Land verfügt über eine lange Tradition, über Wirtschaftsreform zu diskutieren.

Im Mai stimmte die neue Regierung einer Anzahl von Massnahmen zu, um die Marktwirtschaft einzuführen. Eine der wichtigsten Schritte ist die Einführung der internen Konvertierbarkeit für die tschechische Krone bis zum 1. Januar 1991. Von dann an werden Unternehmen und Bürger in der Lage sein, unbeschränkte Beträge von Kronen bei inländischen Banken in Hartwährung umzutauschen. Die Regierung ist der Ansicht, dass eine weitere Abwertung der Krone für die Vorbereitung der internen Konvertierbarkeit wesentlich sein wird.

Die Regierung stimmte weiterhin zu, dass die Preise für zahlreiche Waren in diesem Jahr liberalisiert werden. Auch das Bankwesen wird erneuert werden.

Ein "Stabilisierungsprogramm" wird in zwei Stufen eingeführt, um die Industrie auf den Markt auszurichten, während gleichzeitig ein gewisses Ausmass zentraler Kontrolle erhalten bleibt. Die erste Stufe wird vom 15. Juli an Rahmenbedingungen für die Industrie liefern, die solche Massnahmen wie Steuererleichterungen, Beschäftigungsbeihilfen und Mittel für den Strukturwandel umfassen werden.

Die zweite Stufe wird vom 30. September an gemäss dem französischen Vorbild einen zweijährigen Orientierungsplan erstellen, der makroökonomische Indikatoren umfasst und die Auswirkungen der Preisfreigabe und der Inflationsrate berücksichtigt.

Die Privatisierung wird wahrscheinlich bis zum nächsten Jahr zurückgestellt werden. Massnahmen zur Förderung von Joint Ventures werden in der Zukunft beschlossen werden. Das erste Gesetz, das sich auf Joint Ventures bezog und 1986 verabschiedet wurde, war ziemlich restriktiv. Das Niveau der Auslandsbeteiligung wurde auf 49% begrenzt, und Handelslizenzen mussten sowohl für Einfuhren als auch Ausfuhren beantragt werden.

Ende 1987 gab es nur drei Gemeinschaftsunternehmen. 1988 beschloss die Regierung, ein besonderes Gesetz mit liberaleren Bestimmungen zu verabschieden. Der Auslandsanteil kann sich jetzt auf 100% belaufen. Gemeinschaftsunternehmen sind berechtigt, in fast allen Bereichen der Wirtschaft tätig zu sein. 1989 war die Anzahl der Joint Ventures auf etwa 50 Gemeinschaftsunternehmen angestiegen.

Konservative

Deutsche Demokratische Republik

Bis zum Frühjahr 1990 war die Deutsche Demokratische Republik (DDR) eines der beiden RGW-Länder, das weder irgendeine wichtige Wirtschaftsreform durchgeführt, noch die Absicht bekundet hatte, dies zu tun, und das fest an der alten Zentralverwaltungswirtschaft festhielt. In den letzten Monaten hat sich die Lage grundlegend geändert und dies hat zu dem Vereinigungsvertrag geführt, der am 3. Oktober 1990 in Kraft tritt.

Der deutlichste Fehlschlag der Wirtschaft der DDR war die Unfähigkeit, aus den starken Volkswirtschaften Westeuropas Nutzen zu ziehen. Die wenigen Erfolge der DDR erklären sich vor allem aus ihren besonderen Beziehungen mit Westdeutschland. In bestimmter Weise war die DDR de facto das 13. Mitglied der EG und kam indirekt in den Genuss vieler Handelsvorteile der Gemeinschaft.

Die Fassade brach Ende 1989 plötzlich zusammen, und die Massenauswanderung der Erwerbsbevölkerung der DDR nach Westdeutschland löste die sich anbahnende Wirtschaftskrise aus.

Im Frühjahr 1990 verabschiedete die Volkskammer der DDR die sogenannte Sozialcharta. Mit ihr wurde der Versuch gemacht, einige der sozialen Errungenschaften und Erfahrungen für den Prozess der Schaffung eines vereinigten deutschen Staates zu bewahren. Die Sozial-

charta der DDR umfasst neun Hauptkapitel, die die wichtigsten sozialpolitischen Probleme und die dringendsten Bereiche für Verbesserungen zusammenfassen.

Nach seiner Wahl sagte der neue Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, dass rasche Massnahmen zur Überführung der Zentralverwaltungswirtschaft, eine der am stärksten zentralisierten in der kommunistischen Welt, in eine freie Marktwirtschaft unternommen würden. Der Ministerpräsident stellte auch fest, dass "in der nächsten Zukunft, Plan- und Marktwirtschaft zusammenbestehen müssen. So viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig".

Später im Frühjahr unterzeichneten die DDR und die Bundesrepublik den Staatsvertrag über die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Die Grundsätze dieses Vertrages lauten wie folgt:

- die zwei Parteien werden am 1. Juli 1990 eine Währungsunion bilden mit der Deutschen Mark als gemeinsamer Währung in einem einzigen einheitlichen Währungsgebiet. Die Bundesbank ist die Notenbank für dieses Gebiet. Ostdeutsches Bargeld und Kredite werden nach Inkrafttreten des Vertrags gegen Deutsche Mark eingetauscht.
- Die Grundlage der Wirtschaftsunion ist die soziale Marktwirtschaft. Sie ist gekennzeichnet durch Privatbesitz, Wettbewerb, einen freien Preismechanismus und völlige Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Waren und Dienstleistungen.
- Bestandteile der DDR-Verfassung, die solch einer Union widersprechen, und die die Grundlagen eines

sozialistischen Staates bildeten, werden nicht länger gelten.

- Die Bundesbank wird mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten und unter ihrer eigenen Verantwortung, unabhängig von der Haltung der ost- und westdeutschen Regierung, die Geldversorgung und das Kreditvolumen in der Gesamtheit der Währungsunion mit dem Ziel der Stabilität der Währung steuern.
- Löhne, Stipendien, Renten, Mieten und sonstige Zahlungen werden zum Kurs von einer Deutschen Mark für die Ostmark umgestellt.
- Sämtliche anderen Barbeträge und Kredite in der DDR werden grundsätzlich zum Kurs von zwei zu eins umgestellt.
- Die DDR wird die Bedingungen schaffen, um die Marktkräfte und privates Unternehmertum zu entwickeln. Die DDR wird die Grundsätze des freien Welt Handels, wie sie im Allgemeinen Abkommen über Zölle und Handel (GATT) niedergelegt sind, respektieren. Die DDR verpflichtet sich, so schnell wie möglich direkt oder indirekt im Staatsbesitz befindliche Unternehmen zu privatisieren.
- Die DDR wird die wichtigsten Grundsätze der Bundesrepublik im Hinblick auf das Recht auf Arbeit, die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie, das Streikrecht, die Mitbestimmung und den Kündigungsschutz übernehmen.
- Die DDR wird eine Sozialversicherung auf der Grundlage von Beiträgen und ein Westdeutschland entsprechendes System der sozialen Sicherheit errichten.
- Die Bundesrepublik wird der DDR während der Übergangszeit beistehen, die Kosten der Arbeitslosen- und Altersversicherung zu tragen.

- Die DDR wird kurzfristig Subventionen für Erzeugnisse der Industrie, der Landwirtschaft und für Nahrungsmittel beseitigen und nur mit EG-Regelungen übereinstimmende Stützungsmaßnahmen beibehalten. Sie wird Subventionen für Verkehr, Energie und Mieten auslaufen lassen.
- Der Vertrag beeinflusst nicht von der Bundesrepublik oder von der DDR mit Drittländern abgeschlossene Verträge.

Ende Mai 1990 unterzeichneten die DDR und die Bundesrepublik eine Abmachung, die wie die deutsche Währungsunion 1. Juli 1990 in Kraft trat. Sie verpflichtet die DDR, die meisten Normen des Umweltschutzes der Bundesrepublik im Hinblick auf Wasser, Abfall, Emissionskontrolle und chemische Erzeugnisse zu übernehmen. Westdeutsche Emissionsnormen gelten ab sofort für neue Investitionen in der DDR. Eine Anpassungsfrist von bis zu neun Jahren wurde jedoch für die Umstellung bestehender Industriebetriebe und Kraftwerke vorgesehen.

Rumänien

In Rumänien gab es weder eine Bewegung der Abkehr von dem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft noch jegliche Pläne in dieser Richtung. Das Rumänien Ceausescus lebte abgeschottet von der Aussenwelt. Die Regierung, die die Rückzahlung der Auslandsschulden zum Hauptziel gemacht hatte, zog es vor, die Einfuhren zu beschränken und grosse Mengen von Nahrungsmitteln, die die Bevölkerung Rumäniens dringend gebraucht hätte, auszuführen. Das Ergebnis war ein Rückgang des Lebensstandards, Lebensmittelknappheit und der anhaltende

Niedergang der Industrie. Die Ereignisse Ende 1989 bildeten ein gewaltsames Ende dieser Politik. Die Europäische Gemeinschaft reagierte unverzüglich auf diese neue Situation, indem sie humanitäre und Nahrungsmittelhilfe leistete.

Die Regierung der "nationalen Rettung", die gegenwärtig an der Macht ist, hat ihren Wunsch nach einer gemischten Wirtschaft geäussert, mit einer Landwirtschaft mit freien Märkten und Kleinbetrieben als Grundlage sowie mit grossen verstaatlichten Industriezweigen. Sie hat jedoch hiermit keine Eile.

4. Hindernisse bei den Wirtschaftsreformen

Alle diese Wirtschaftsreformen stehen immer noch vor äusserst grossen Hindernissen sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur. Das wichtigste Hindernis war der politische Widerstand auf höchster Ebene, insbesondere in der Sowjetunion. Ein zweites politisches Hindernis für die Wirtschaftsreform ist die Bürokratie. Ein grosser Teil der Verwaltung hat ein ausgeprägtes Interesse daran, jeglichen Reformversuch zu ersticken.

Ein drittes Hindernis ist der Widerstand der Bevölkerung, der zu grossen Auswirkungen führen kann, wenn er zu Arbeitskämpfen führen sollte. In der Sowjetunion ist die Preisreform aus diesem Grund verschoben worden. In den Augen der Öffentlichkeit wurde die Frage der Preisreform zu einer Frage der Erhöhung der Fleischpreise, und es gab keinen Anlass zu glauben, dass Preiserhöhungen angesichts des politischen Cha-

rakters der Verteilung zu irgendeiner Verbesserung des Angebots führen würden. Die Unzufriedenheit im Volk steigt auch mit dem Druck der Inflation, der eine vierte wesentliche Gefahr ist und ein Merkmal für teilweise reformierte sozialistische Wirtschaften, insbesondere in Ungarn und Polen, zu sein scheint.

Das fünfte Hindernis ist das Fehlen jeglicher Form von Märkten für Kapital und Aktien.

Ein weiteres Hindernis ist das Handelssystem des RGW (COMECON), das ein umfassendes von der Sowjetunion beherrschtes, kompliziertes und bürokratisches System des Tauschhandels ist.

Die unzureichenden Informations- und statistischen Systeme bilden ebenfalls ein Hindernis für eine rationale Wirtschaftsreform.

Auch die Knappheit von Devisen und hohe Auslandsschulden können den Reformprozess verlangsamen. Bulgarien, Ungarn und Polen können ihre Auslandsschulden kaum noch erhöhen. Die Tschechoslowakei, die DDR, Rumänien und die Sowjetunion verfügen dagegen über mehr Möglichkeiten.

5. Kriterien für den Erfolg der Reform

Eine äusserst wichtige Frage besteht darin, wie der Erfolg oder das Scheitern einer Wirtschaftsreform gemessen werden kann. Die kurzfristige Wirtschaftsleistung ist kein sehr zuverlässiger Indikator. Das Hauptproblem betrifft qualitative Veränderungen in den

Wirtschaftssystemen. Daher sind die wichtigsten Indikatoren institutioneller und nicht quantitativer Natur.

Eine Verringerung der Macht der Bürokratie kann dadurch gemessen werden, wieviel direkten Einfluss die staatlichen Behörden auf die Tätigkeit der Unternehmen haben.

Das Hauptproblem der Preisreform besteht darin, ob der Marktausgleich wirkt oder nicht. Falls die Preisreform Marktausgleich bedeutet, würde dies das Verschwinden von Knappheit bedeuten.

Die Härte der Haushaltszwänge für die Unternehmen würde sich in der Anzahl von Konkursen und entlassenen Arbeitnehmern widerspiegeln.

Eine Erhöhung der Produktion von Nahrungsmitteln und von verbraucherorientierten Dienstleistungen ist in der Regel ein erster Hinweis darauf, dass die Wirtschaftsreform an Dynamik gewinnt. Vor allem im Bereich des Verbrauchs sind kurzfristige Verbesserungen möglich.

Es ist immer deutlicher geworden, dass die zentraleuropäischen Länder Tschechoslowakei, die DDR, Ungarn und Polen die besten Chancen haben, ihre Wirtschaftsreform erfolgreich durchzuführen. Bulgarien und Rumänien stehen vor grösseren wirtschaftlichen Problemen, und beide Länder haben in bezug auf ihre Grenzen grosse Schwierigkeiten mit Nationalitäten. Die ernsteste Bedrohung für die Wiederauferstehung Osteuropas ist

jedoch die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Chaos in der Sowjetunion. Viele dieser Länder sind immer noch sehr stark von ihren Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion abhängig.

Bibliographie:

- | | |
|--------------------|--|
| CEPS | Europe and the Soviet Union, Brüssel 1989 |
| Club de Bruxelles | The Future of Relations between EEC and Eastern Europe, Brüssel 1990 |
| Financial Times | 8. Dezember 1989 |
| Financial Times | 12. März 1990 |
| ECE | Economic Reforms in the European Centrally Planned Economies, ECE Economic Studies Nr. 1, 1989 |
| Marc Maresceau Hg. | The political and Legal Framework of Trade Relations between the European Community and Eastern Europe, European Institute - University of Ghent, 1989 |
| Pekka Sutela | Itä-Euroopan siirtyminen markkinatalouteen, KTA 4: 1989, dieser Artikel wird auf Englisch veröffentlicht in: Hill-Zielonka: Restructuring Eastern Europe: Views from Western Europe 1990 |
| Anders Aslung | Gorbachev's Struggle for Economic Reform, London 1989. |

III. WIRTSCHAFTSREFORMEN IN DER SOWJETUNION²

Einer der Hauptgründe für die Perestroika liegt zweifellos auf wirtschaftlichem Gebiet. Wenn es in der Sowjetunion in den letzten Jahren auf irgendeinem Gebiet einen wirklichen Reformprozeß gegeben hat, so im Wirtschaftsbereich. Alle Sowjetführer nach Stalin haben ein Wirtschaftsreformprogramm hervorgebracht, das jeweils auf eine Flexibilisierung der zentralistischen und bürokratischen Planwirtschaft abzielte.

Mit diesem ruinösen System hatte Stalin das Sowjetvolk zu Beginn der dreißiger Jahre bedacht. Kurz nach seiner Einführung verzeichnete die Sowjetunion beachtliche Wachstumsraten, insbesondere im Industriebereich, später jedoch konnten keine Erfolge mehr damit erzielt werden.

Ab den sechziger Jahren, und verstärkt ab den siebziger Jahren, mußte die Sowjetunion einen erheblichen Rückgang des Wirtschaftswachstums verzeichnen. Wenn sie nun keine so beachtlichen Wachstumsraten mehr erzielte, so lag dies zum einen daran, daß systembedingt die Industrie mehr Arbeitskräfte und Investitionen benötigte als verfügbar waren. Durch mangelnde Rationalisierung wurden zu viele Produktionsmittel vergeudet.

Auf diese Weise ging das Wirtschaftswachstum in besorgniserregendem Ausmaß zurück. Darüber hinaus hinkte die Sowjetunion technologisch weiterhin zu sehr hinter

² Referat von Prof. H. De Maegd, Universität Gent

dem Westen her und war der Lebensstandard der Bevölkerung zu niedrig.

Um dieser schleichenden Probleme Herr zu werden, wurden in den sechziger und den siebziger Jahren Reformen durchgeführt, die jedoch nicht griffen, da sie zu sehr an der Oberfläche angesiedelt waren und nicht das System selbst betrafen.

Perestroika

Dann kam die Perestroika. In der Sowjetunion selbst versteht man unter Perestroika ein radikales Reformprogramm. Das bürokratische System der Zentralverwaltungswirtschaft soll abgeschafft und es soll etwas Neues an seine Stelle gesetzt werden. Man weiß nicht genau, was dieses Neue sein soll, nur, daß es anders sein muß als alles Bisherige.

Mit der Perestroika werden zur Zeit insbesondere die folgenden zwei Ziele verfolgt:

- Den Staatsbetrieben soll mehr Autonomie und Verantwortung übertragen werden, denn in der Sowjetwirtschaft dominiert nach wie vor der Staatssektor.
- Der Einfluß des Staates auf weite Teile der Wirtschaft in der Sowjetunion soll verringert werden.

In diesem Sinne hat die Sowjetregierung eine Reihe von Reformen durchgeführt, die auf eine größere Unabhängigkeit und Selbstverantwortlichkeit der staatseigenen Betriebe abzielen. Es zählen dazu die folgenden Maßnahmen:

- Den staatseigenen Betrieben sollen weniger Planziele auferlegt werden. Die Sowjetregierung macht zwar weiterhin Vorgaben, aber nicht so viele wie zuvor. Insbesondere wird zur Zeit die Zahl der staatlichen Aufträge heruntergeschraubt, bisher machten diese nämlich 80 bis 100% der gesamten Industrieproduktion im Bereich der Produktionsmittel und der Konsumgüter aus. Der Anteil der staatlichen Aufträge soll bis 1995 stufenweise auf 30% gesenkt werden. Gleichzeitig sollen jedoch wegen der augenblicklichen Konsumgüterknappheit mehr staatliche Aufträge für dauerhafte Konsumgüter vergeben werden.

- Die staatseigenen Betriebe sollen ihre Handelspartner selbst auswählen können. Im alten System waren es Bürokraten, die den Betrieben vorschrieben, wo sie einkaufen und an wen sie verkaufen konnten. Für Konsumgüter wurde dieses System 1988 abgeschafft, aber in der Praxis ist es noch vorherrschend, da die staatlichen Aufträge einen wesentlichen Teil der Produktion bilden. Bei den Produktionsmitteln ist vorgesehen, daß die Betriebe zunehmend selbst die Lieferfirmen auswählen können, so daß sie im Jahre 1995 den größten Teil der Produktionsmittel selbst in Auftrag geben können. Ursprünglich sollte dies jedoch schon 1992 der Fall sein.

Im offiziellen Sprachgebrauch wird die Schaffung eines sozialistischen Marktes mit "sozialistischem Wettbewerb" angestrebt. Man spricht auch von "geplanter Marktwirtschaft". Die Entwicklung des Landes in Richtung auf dieses Wirtschaftssystem verläuft langsam und unter Mühen, aber es ist bereits ein

wichtiger Schritt getan worden. Hierzu ist jedoch anzumerken, daß bisher zwischen den staatlichen Betrieben wenig oder gar kein Wettbewerb herrscht.

Der fehlende Wettbewerb ist der Grund dafür, daß im Verhältnis zum Bedarf und zur Nachfrage immer noch zu wenig Güter produziert werden. So wurden im ersten Halbjahr 1988 mehr als 4 Millionen Paar Schuhe aus Qualitätsgründen ausgemustert. Man muß einen Russen nicht etwa fragen, ob er ein Fernsehgerät hat, sondern, ob er damit ein Bild empfängt. Der fehlende Wettbewerb bildet auch den Grund dafür, daß der technologische Fortschritt in der Sowjetunion weiterhin so langsam verläuft.

- Den staatlichen Betrieben wird größere Selbständigkeit bei der Preisfestsetzung zuerkannt. In der Vergangenheit wurden die Preise ausschließlich durch die Regierung festgelegt. Von jetzt an können die Betriebe die Preise für bestimmte Gütergruppen miteinander vereinbaren. Diese Freiheit ist jedoch sogleich wieder beschränkt worden, insbesondere bei den Lebensmitteln; dies geschah wegen der großen Konsumgüterknappheit. Von echten Marktpreisen kann noch keine Rede sein. Jedenfalls muß die letzte Fassung des neuen Preissystems noch öffentlich bekanntgemacht werden.
- Den staatlichen Betrieben wird größere finanzielle Verantwortung übertragen. 1987 arbeiteten 13% der Industriebetriebe mit Verlust, 1988 waren es 9% und 1989 nur noch 6% der Betriebe. Im neuen System dürfen die Betriebe nicht mehr mit Verlust arbeiten,

und jeder Betrieb, der dennoch über längere Zeit mit Verlust arbeitet, kann bankrott erklärt und im äußersten Fall geschlossen werden. Die Regierung veröffentlicht Listen der Unternehmen, die bankrott erklärt wurden.

Staatliche Betriebe können zur Kapitalbeschaffung nunmehr Anteile an die eigene Belegschaft und an andere Unternehmen ausgeben. Die Anteilseigner erhalten dadurch zwar Anspruch auf Dividendenzahlung, aber kein Stimmrecht.

- Grundsätzlich können nun alle staatlichen Betriebe direkte Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Firmen aufnehmen. Die Betriebe müssen die Devisen, die sie für solche Auslandsgeschäfte benötigen, selbst verdienen.
- Staatsbetrieben wurden mehr Mitspracherechte bei der Ernennung ihrer Direktoren eingeräumt. In der Vergangenheit wurden die Direktoren ausschließlich durch die Bürokratie ernannt, nun werden sie von der Belegschaft gewählt; diese Wahl muß jedoch von offizieller Seite bestätigt werden. Einer neuen Regelung gemäß sollen die Direktoren nun doch wieder von staatlicher Seite ernannt werden. Daran läßt feststellen, daß den Staatsbetrieben auf der einen Seite zwar mehr Autonomie zuerkannt wird, sie auf der anderen Seite jedoch wieder an Selbständigkeit verlieren.

Ein weiteres Ziel der Perestroika ist die Verminderung der staatlichen Kontrolle über Teile der Wirtschaft. Dies bedeutet, daß gewerbliche Tätigkeit auch außerhalb des Staatssektors möglich ist; es handelt sich dabei um Unternehmen, die sich nicht in Staatsbesitz befinden und selbständig operieren können. Zugelassen sind die folgenden Formen selbstständig arbeitender Unternehmen:

- Genossenschaften

Im Mai 1988 wurde das Gesetz über die Genossenschaften verabschiedet, demzufolge in allen Sektoren Genossenschaften errichtet werden können. Diese können selbst das Ziel ihrer gewerblichen Tätigkeit bestimmen, die Preise festlegen und auf der Grundlage von Arbeitsverträgen Personal einstellen.

Zur Zeit gibt es ungefähr 200.000 Genossenschaften mit mehr als 4 Millionen Beschäftigten.

Die Regierung hat jedoch inzwischen auch in bezug auf die Genossenschaften einige rückschrittliche Maßnahmen ergriffen. So können die Genossenschaften jetzt nicht mehr alle Arten gewerblicher Tätigkeit ausüben: mit Wirkung vom 1. Januar 1990 können sie keinen reinen Handelsgeschäften mehr nachgehen. Gemäß einem weiteren Gesetz vom Oktober 1989 können die Lokalbehörden nunmehr Höchstpreise für von Genossenschaften produzierte Konsumgüter festsetzen. Mit diesen Maßnahmen reagierte die Regierung auf Proteste aus Teilen der Bevölkerung gegen die hohen Preise, die die Genossenschaften für ihre Güter festsetzen und gegen die hohen Löhne, die sie ihrer

Belegschaft zahlen. Ein Arbeitnehmer in einer Genossenschaft verdient nämlich im Durchschnitt doppelt soviel wie ein Arbeitnehmer in einem staatseigenen Betrieb.

- Kollektivbetriebe

Ein Kollektivbetrieb ist ein Staatsbetrieb, dessen Eigentum auf die Belegschaft übertragen wurde. Die Belegschaft von Staatsbetrieben kann den Betrieb mit ihrem Gewinnanteil erwerben. Die Arbeitnehmer werden damit für die Geschäftsleitung verantwortlich und könnten eigentlich auch als Anteilseigner bezeichnet werden. Es liegt jedoch weiterhin im Ermessen der Zentralbehörden, welche Staatsbetriebe in Kollektiveigentum überführt werden können und welche nicht.

- Pachtbetriebe

Mit der Perestroika ist auch die Verpachtung von Betrieben und Grundstücken wieder möglich geworden; diese Praxis geht auf die zwanziger Jahre zurück. So können z.B. staatliche Organisationen und Gewerbebetriebe ganz oder teilweise verpachtet werden einschließlich einzelner Werke und Betriebsanlagen. Gewerbebetriebe können an die Belegschaft verpachtet werden und Grundstücke an Privatleute. Wenn ein Staatsbetrieb an die Belegschaft verpachtet wird, so kann diese über seine gewerbliche Tätigkeit entscheiden. Die Pachtgesetze traten zum 1. Januar 1990 in Kraft. Es gibt jedoch immer noch Probleme, da manche Ministerien die Verpachtung von Industriebetrieben verweigern und auch die Zentralbehörden darüber entscheiden können, ob ein Staatsbetrieb

verpachtet werden kann oder nicht. Davon dürften in erster Linie die Verteidigungsindustrie, die Energieversorgung und das Transportwesen betroffen sein.

- Aktiengesellschaften

Es können auch Kapitalgesellschaften errichtet werden, für die Aktien ausgegeben werden. Das Stammkapital wird durch die Ausgabe von Anteilen mit Stimmrecht gebildet. Dementsprechend sind Versammlungen der Anteilseigner vorgesehen. Anteile an solchen Gesellschaften erwerben können staatliche Organisationen, Institutionen, Unternehmen, Belegschaftsmitglieder und sogar außenstehende Privatpersonen.

- Personengesellschaft

Seit der Perestroika ist es auch Einzelpersonen gestattet, für eigene Rechnung einem Gewerbe nachzugehen. Das daraus resultierende Einkommen ist steuerpflichtig. Bis zum Jahr 1988 hatten mehr als 700.000 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, die meisten durch Errichtung eines Handwerksbetriebs.

Familien können auch gemeinsam mit anderen Personen einen Kleinbetrieb errichten. So können sie beispielsweise ein Geschäft, ein Restaurant oder einen Betrieb zur Herstellung von Konsumgütern eröffnen. Solchen Betrieben ist das Eigentum an den notwendigen Gebäuden, Anlagen und sonstigen Produktionsmitteln gestattet.

Landwirte können ebenfalls einen eigenen Betrieb mit eigenen Produktionsmitteln errichten, das zugehörige Grundstück allerdings bleibt Staatseigentum. Die Landwirte können bei den Lokalbehörden Land beantragen und ein Nutzungsrecht auf Lebenszeit erhalten, das nach ihrem Tod an die Erben übergeht, oder aber sie können das Grundstück pachten. Die praktische Durchführung dürfte sich allerdings schwierig gestalten, da das betreffende Land großen Landwirtschaftsbetrieben weggenommen werden soll, die sicher nicht ihr bestes Land hergeben möchten. Wird den Antragstellern Land verweigert, so können sie den Rechtsweg beschreiten.

- Joint Ventures auf sowjetischem Staatsgebiet

Weiterhin besteht die Möglichkeit, Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Minderheits- oder Mehrheitsbeteiligung zu gründen. Den Vorsitz von Vorstand und Aufsichtsrat kann ein sowjetischer oder ein ausländischer Staatsbürger innehaben.

Das Eigentumsrecht sieht für ausländische Rechtspersonen nunmehr die Möglichkeit vor, industrielle und andere Betriebe in der Sowjetunion zu besitzen, auch wenn dieses Recht durch verschiedene Vorschriften eingeschränkt ist.

Ein großes Problem stellt nach wie vor die Nicht-Konvertibilität des Rubels dar. Um ihn zu einer konvertiblen Währung machen zu können, muß erst die Qualität der sowjetischen Produkte erhöht werden. Dies bedeutet, daß erst einmal ein Binnenmarkt errichtet werden und das Preissystem flexibler gestaltet werden.

tet werden muß, so daß die Preise im Inland langsam an die Weltmarktpreise angepaßt werden können. Die sowjetische Wirtschaft muß also zunächst einmal gestärkt werden.

Es wird allgemein davon ausgegangen, daß durch den schrittweisen Abbau des staatlichen Einflusses auf die sowjetische Wirtschaft der Staatssektor letztendlich nur noch einen Anteil von höchstens 40% statt bisher 90% der sowjetischen Wirtschaft bilden wird.

Alle diese zusammenfassend beschriebenen Neuerungen bilden mögliche Bausteine eines neuen Systems. Dies entwickelt sich aber nur sehr mühsam und schleppend. Warum aber geht es mit der Perestroika so langsam voran? Ein Grund ist die Einstellung der Bevölkerung zu solchen Veränderungen. 60 Jahre zentralisierter und bürokratischer Planwirtschaft lassen sich eben nicht so schnell vergessen machen. Und so muß es auch eine Perestroika in den Köpfen der Menschen geben. Dies ist sicherlich die komplexeste Form der Perestroika, und sie wird wahrscheinlich am meisten Zeit in Anspruch nehmen.

Widerstand in der Bevölkerung

Der Widerstand in der Bevölkerung gründet sich auf mehrere Faktoren:

- Zunächst sind da ideologische Barrieren. Deutlich wird dies beispielsweise an dem neuen Gesetz über das Eigentum, in dem nicht ein einziges Mal der Begriff "Privateigentum" auftaucht. Offenbar handelt

es sich dabei immer noch um ein Tabu, jedenfalls verwendet man lieber Begriffe wie "Eigentum der Bürger".

- Widerstand leisten z.B. die Bürokraten, denen es um die Verteidigung ihrer Interessen geht. Zwar ist der bürokratische Apparat inzwischen etwas verkleinert worden, er hat aber immer noch einen beachtlichen Umfang: 1988 gab es 45 Wirtschaftsministerien und heute sind es noch 30.

Unglücklicherweise hat die Sowjetunion eine bürokratische Tradition, die noch vor die russische Revolution zurückreicht. So hat Gogol sich in seinem Werk häufig über die althergebrachte russische Bürokratie zur Zeit der Zaren mokiert. Und Alexander Tschoprow, ein Wirtschaftswissenschaftler des ausgehenden 19. Jahrhunderts, äußerte bereits vor hundert Jahren die Auffassung, daß das russische Verwaltungssystem dem Land in keiner Weise nütze. Noch aufschlußreicher ist seine Bemerkung, das System nehme allen die Lust an der Arbeit. 1989 sagte ein Mitglied des Obersten Sowjets, daß es der Sowjetunion sehr stark an vielen Dingen mangle, am meisten aber am Interesse der Bevölkerung, produktive Arbeit zu leisten.

- Widerstand leisten auch die Direktoren so mancher Betriebe, die deshalb nicht sehr reformfreudig sind, weil sie nun ein viel größeres Risiko tragen: ihr Betrieb könnte bankrott gehen und letztendlich werden sie sich den Herausforderungen des Marktes gewachsen zeigen müssen. Sie sehnen sich nach der Sicherheit des alten Systems zurück: Eigeninitiative

und eigenverantwortliches Handeln sind noch Fremdwörter für sie. Von ihnen, die innerhalb des alten Systems auch nur Bürokraten waren, erwartet man nun, daß sie zu echten Managern werden, und dies verunsichert sie.

- Widerstand leisten aber auch die Arbeitnehmer, die um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze fürchten. Sie haben Angst vor Kündigung, Preissteigerungen und sinkendem Lebensstandard. Man erwartet nun mehr Arbeitsdisziplin von ihnen, diese wurde ihnen aber im alten System nicht beigebracht.
- Widerstand leisten schließlich auch nationalistische und slavophile Kreise in Rußland, die auf den Erhalt russischer Traditionen bedacht sind, nicht zuletzt die russisch-orthodoxe Kirche;
- Auch die Väter der wirtschaftlichen Perestroika sind sich ihrer Sache noch nicht sicher genug und gehen zu vorsichtig und zaghaft vor.
- Schließlich wird die wirtschaftliche Perestroika auch dadurch verzögert, daß viele Wirtschaftsexperten in der Sowjetunion noch nicht wissen, was eine moderne Marktwirtschaft genau ist und wie ein solches System aufgebaut werden kann.

Wirtschaftliche Hindernisse

Neben dem noch zu überwindenden Widerstand in der Bevölkerung stehen der Perestroika jedoch auch wirtschaftliche Faktoren entgegen, sprich die Wirtschafts-

krise, in der sich das Land zur Zeit befindet und die sich insbesondere auf den Finanz- und den Konsumbereich auswirkt.

Die Finanzkrise äußert sich in einem Haushaltsdefizit von 10% des Bruttoinlandsproduktes und darin, daß sich zuviel Geld in Umlauf befindet.

Die Krise im Konsumbereich schlägt sich einer verstärkten Konsumgüterknappheit nieder. Und diese führt dazu, daß die Bevölkerung beginnt, am Erfolg der Perestroika zu zweifeln.

Warum aber besteht in der Sowjetunion eine solche Konsumgüterknappheit? Dies hat unter anderem folgende Ursachen:

- die Einkommen steigen zu schnell an, nämlich doppelt so schnell wie die Konsumgüterproduktion. Dies liegt teilweise daran, daß die Unternehmen ihren Mitarbeitern höhere Löhne zahlen können.
- Die Schattenwirtschaft nimmt immer schlimmere Ausmaße an, so daß begehrte Güter gar nicht erst in die staatlichen Geschäfte gelangen, sondern für viel Geld auf dem Schwarzmarkt verkauft werden. Dies ist natürlich nichts Neues, aber inzwischen haben der Schwarzmarkt und die zugehörige Mafia wirklich erschreckende Ausmaße angenommen.
- Das bürokratische Verwaltungssystem der Wirtschaft konnte noch nicht vollständig abgebaut werden.

- Es herrscht immer noch Verwirrung, weil die Wirtschaftsreformpolitik nicht klar definiert ist und der Übergang von Altem zu Neuem zu viel Zeit in Anspruch nimmt.
- Die Perestroika hätte im Landwirtschaftsbereich beginnen müssen, nur so hätte man der Lebensmittelknappheit Herr werden können.
- Die offiziellen Preise sind meist zu niedrig angesetzt. Dennoch belief sich 1989 die offizielle Inflationsrate auf 7,5%.

6-Jahresprogramm

Im Dezember 1988 kündigte der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrats ein 6-Jahresprogramm für den Zeitraum von 1990-1995 an.

Von 1990 bis 1992 wird sich die Regierung verstärkt auf die Überwindung der Wirtschaftskrise und weniger auf den Aufbau einer Marktwirtschaft hinarbeiten. In diesem Zeitraum soll das Haushaltsdefizit von 10% auf etwa 2% des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden. Es sollen Maßnahmen zum Abbau des Ungleichgewichtes zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Konsumgütern ergriffen werden und so die Krise im Konsumgüterbereich überwunden werden. Im wesentlichen wird also bei der Durchführung des 6-Jahresprogramms zwischen 1990 und 1992 das alte System weiterhin vorherrschen und die Regierung weiter Maßnahmen im alten Stil ergreifen, auch wenn das andere Ziel, der Aufbau einer Marktwirtschaft, dadurch zunächst vernachlässigt wird.

Immerhin ist für diesen Zeitraum die Verabschiedung neuer und fortschrittlicher Gesetze vorgesehen, die dem neuen System als Grundlage dienen sollen.

Zwischen 1993 und 1995 will die Regierung stärker auf ein marktwirtschaftlich orientiertes System zusteuern. Etwa im Jahr 1995 soll es dann keine reine Planwirtschaft mehr geben, aber es soll bis dahin auch keine echte freie Marktwirtschaft entstehen. Angestrebt wird vielmehr ein gemischtes System.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die wirtschaftliche Perestroika bisher zu langsam verlaufen und nicht klar genug definiert worden ist. Dies könnte sich allerdings ändern. Zur Zeit arbeitet die Regierung Maßnahmen aus, mit denen der Übergang zu einer gemischten Plan- und Marktwirtschaft beschleunigt werden soll. Sie wird das Preissystem wahrscheinlich grundlegend reformieren und so das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage verringern. Daneben sind flankierende Sozialmaßnahmen vorgesehen, gedacht wird dabei beispielsweise an indexierte Einkommen und an ein System zur Arbeitslosenunterstützung. Im offiziellen Sprachgebrauch wird dies als der Übergang zu einer regulierten Marktwirtschaft beschrieben.

Selbst für den Fall, daß in den nächsten Jahren wirklich grundlegende Reformen durchgeführt werden, sollte man nicht erwarten, daß sich die sowjetische Wirtschaft plötzlich zu einem System rein westlicher Ausprägung entwickelt. Vorstellbar hingegen wäre ein System, in dem die alten Traditionen und Denkweisen erhalten bleiben, das aber gleichzeitig eine größere Produktivität aufweist als das bisherige.

IV. WIRTSCHAFTSREFORMEN IN DEN BALTISCHEN REPUBLIKEN²³

Hintergrund

Die drei baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen, unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Einwohnerzahl als auch der Bevölkerungsstruktur voneinander. Die größte der drei Republiken ist Litauen mit 3,5 Mio Einwohnern. 80% davon sind Litauer; Litauen hat also eine ziemlich homogene Bevölkerungsstruktur. Lettland ist der zweitgrößte Staat. Von den 2,5 Mio. Einwohnern sind nur etwas mehr als die Hälfte Letten, die Bevölkerungsstruktur Lettlands ist also weniger homogen als die Litauens. Estland ist die kleinste der drei Republiken - wie auch der Sowjetunion insgesamt - mit insgesamt 1,5 Mio. Einwohnern, wobei der estnische Bevölkerungsanteil unter einer Million liegt. Die drei baltischen Republiken zählen also insgesamt etwa 8 Mio Einwohner und sind damit Schweden vergleichbar, sie stellen aber damit weniger als 3% der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion. Das im vorliegenden Text beschriebene Phänomen ist also eigentlich eine Randerscheinung; die Sowjetunion könnte von daher gesehen durchaus auf die drei Republiken verzichten und sie ihren eigenen Weg gehen lassen.

Wirtschaftliche Autonomie

Als Gorbatschow zum ersten Mal seine Pläne für einen wirtschaftlichen Umbau der Sowjetunion darlegte, bat

²³ Referat von Rudolf Jalakas, Svenska Handelsbanken, Stockholm

er die baltischen Republiken, die Vorreiterrolle zu übernehmen und der übrigen Sowjetunion zu zeigen, wie bei der Perestroika vorzugehen sei. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß er diese Rolle den baltischen Republiken zuschrieb, denn sie gehören zu dem am weitesten entwickelten Teil der Sowjetunion mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, das ungefähr 25-30% höher liegt als das der Sowjetunion insgesamt. Estland und Lettland sind stark industrialisierte Republiken, Litauen dagegen ist weniger stark industrialisiert. In allen drei Republiken ist der Landwirtschaftssektor im Vergleich zu übrigen Sowjetunion jedoch sehr weit entwickelt und die Ertrags- bzw. Produktivitätszahlen liegen in fast allen Landwirtschaftsbereichen über dem sowjetischen Durchschnitt.

Die baltischen Republiken haben sich aus einer optimistischen Grundhaltung heraus entschlossen, Gorbatschows Angebot anzunehmen. Sie gingen ihnen dabei allerdings weniger darum, ihn in seinen Perestroika-Bemühungen zu unterstützen als vielmehr darum, die sich ihnen darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um ihre Abhängigkeit von der unproduktiven, fast widersinnigen Zentralverwaltung aus Moskau zu verringern. Eines der Hauptmerkmale der Perestroika ist die radikale Verlagerung von Entscheidungen von Moskau hin zu den einzelnen Republiken und innerhalb dieser zu den einzelnen Wirtschaftseinheiten wie z.B. den Unternehmen. Gerade die baltischen Republiken hatten sehr unter dem von Moskau her gesteuerten System der Zentralverwaltungswirtschaft zu leiden gehabt. Als sie der Sowjetunion einverleibt wurden, hatten sie - jedenfalls Estland und Lettland - einen Lebensstandard

erreicht, der an den Finnlands heranreichte. Jetzt, nachdem sie 45 Jahre lang den Direktiven aus Moskau Folge leisten mußten, dürfte der Lebensstandard Finnlands etwa dreimal so hoch liegen. Aus diesem Grunde - nämlich, weil sie hofften, durch die von Gorbatschow geplante Perestroika größere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen - zeigten sie so viel Bereitschaft, seinen Wünschen nachzukommen und machten sie sich so schnell daran, Pläne für den wirtschaftlichen Umbau in ihren Republiken auszuarbeiten. In Estland beschäftigten sich jedoch Wirtschaftsexperten entgegengesetzter Ausrichtung mit dieser Fragestellung und es erwies sich als sehr schwierig, aus ihren Vorschlägen ein einheitliches Programm zu entwickeln. Gorbatschow wurde zu Recht ungeduldig und erinnerte die baltischen Republiken mehrmals an ihr Versprechen, ein Programm vorzulegen. Im Sommer 1989 schließlich konnten die drei Republiken dem zuständigen Moskauer Ausschuß unter Vorsitz von Gorbatschow ein gemeinsames Programm vorlegen. Dies stimmte nicht in allen Punkten mit Gorbatschows Vorstellungen überein, und es mußten erst noch einige Änderungen vorgenommen werden, bevor der Plan im November 1989 dem Sowjetischen Parlament unterbreitet und von diesem verabschiedet wurde.

Neue Gesetzgebung

Zunächst einmal erhalten die baltischen Republiken durch die neuen Gesetze mehr Kontrollmöglichkeiten über die auf ihrem Gebiet angesiedelten Unternehmen. Bisher wurde praktisch die gesamte Wirtschaft von Moskau kontrolliert. In Estland befanden sich zuvor

nur etwa 10% der Industrie unter estnischer Kontrolle, nun unterliegt die gesamte Wirtschaft mit Ausnahme von Unternehmen, die für die Sowjetunion in ihrer Gesamtheit unverzichtbar sind, der Aufsicht durch die Republik Estland. Bisher existiert diese Reform jedoch hauptsächlich auf dem Papier. Zur Durchführung der neuen gesetzlichen Bestimmungen ist nämlich eine Zusammenarbeit mit Moskau erforderlich, bisher haben jedoch weder die sowjetischen Behörden noch die bestehenden Moskauer Großbetriebe sehr große Bereitschaft dazu erkennen lassen. Daher erhielten die Republiken bisher nur die Kontrolle über eine begrenzte Anzahl von Industriebetrieben.

Zweitens wurden den drei Republiken mehr Entscheidungsrechte bezüglich der Nutzung ihrer jeweils in der Grenzregion befindlichen natürlichen Ressourcen zuerkannt. Estland und Lettland verfügen über genügend Waldbestände, um Holzzeugnisse über den Eigenbedarf hinaus zu produzieren, während Litauen solche Erzeugnisse importieren muß. Estland verfügt über große Vorkommen eines unter dem Namen Ölschiefer bekannten Mineralstoffes, der einen Ölanteil von etwa 20% hat und mit dessen Hilfe die Republik während der dreißiger Jahre zunächst ihren Eigenbedarf decken und später, gegen Ende der dreißiger Jahre, einen - wenn auch begrenzten - Exportüberschuß produzieren konnte. Heute wird der Ölschiefer nicht mehr zur Ölerzeugung verwendet sondern dient zwei riesigen Kraftwerken, deren Stromproduktion doppelt so hoch wie der Eigenbedarf Estland ist, als Brennstoff. Der überschüssige Strom wird in den Leningrader Raum exportiert.

Estland verfügt noch über weitere mineralische Rohstoffe, die in den letzten Jahren wesentlich zur politischen Entwicklung im Land beigetragen hat. Es handelt sich dabei um Phosphate, die sich zur Düngemittelproduktion eignen. Als das Moskauer Ministerium für Düngemittel seine Pläne eines großflächigen Abbaus dieser Vorkommen offenlegte, löste dies in Estland einen Proteststurm aus, weil auf diese Weise die Umwelt in einem Fünftel Estlands völlig zerstört worden wäre. In der Folge traten sowohl der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Estlands als auch der Premierminister von ihren Ämtern zurück und die Pläne der Moskauer Regierung wurden zunächst einmal auf Eis gelegt. Den neuen gesetzlichen Bestimmungen zufolge können die Esten selber darüber entscheiden, ob und wenn ja, in welcher Weise sie ihre natürlichen Vorkommen nutzen.

Drittens können die baltischen Staaten nunmehr selbst über ihre Einnahmen und Ausgaben bestimmen. Zuvor mußte jeder einzelne Haushaltsposten von der Moskauer Zentralregierung genehmigt werden, jetzt hingegen können die Republiken selbst ihren Haushalt aufstellen, unter der Voraussetzung, daß sie zur Deckung gemeinsamer Ausgaben einen Teil der Einnahmen - in diesem Jahr sind es 16% - an Moskau abführen.

Viertens erkennt der Gesetzgeber den baltischen Republiken nunmehr das Recht zu, ein eigenes Bankensystem zu errichten. Das Bankensystem der Sowjetunion besteht aus einer Anzahl von Großbanken mit Hauptsitz in Moskau und Nebenstellen in allen Republiken. So gibt es Banken für den Industrie-, den Wohnungsbau- und den

Landwirtschaftsbereich sowie Sparkassen und natürlich auch eine Zentralbank. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen erlauben es den Republiken, eigene Banken zu errichten, mit einer wichtigen Ausnahme allerdings: es soll in den Republiken auch weiterhin keine Zentralbank geben können; vielmehr sollen dort die Nebenstellen der sowjetischen Zentralbank bestehen bleiben und ihre Aufgaben beibehalten. Diese Einschränkung war für die baltischen Republiken sehr enttäuschend, denn es stellte sie angesichts des Weiterbestehens einer von Moskau kontrollierten Zentralbank vor große Schwierigkeiten, ein eigenes Bankensystem aufzubauen. Sie haben zunächst einmal beschlossen, diese Einschränkung einfach zu ignorieren und doch eigene Zentralbanken zu errichten. Dies ist in Estland bereits erfolgt und wird demnächst in den beiden anderen Republiken demnächst geschehen.

Außerdem waren die drei Republiken darüber enttäuscht, daß die Zentralregierung die Kontrolle des Sparkassensystems der Zentralbank in Moskau übertragen und somit sichergestellt hatte, daß die Ersparnisse nicht unter die Kontrolle der drei Republiken geraten. Zur Zeit bestehen in jeder der drei Republiken mehrere hundert kleine Sparkassen.

Außerdem verläuft die Kompetenzverlagerung von den Moskauer Banken zu denen der drei Republiken nur schleppend. Die Moskauer Banken zeigen keine sehr große Bereitschaft zur Änderung des Systems. Ganz im Gegenteil, sowohl bei den Devisen- als auch bei den Kreditgeschäften werden jetzt noch kompliziertere Verfahren angewandt als zuvor.

Trotz dieser Schwierigkeiten bilden sich langsam neue Bankensysteme heraus. So wurden insbesondere in Estland einige unabhängige Handelsbanken gegründet.

Schließlich sind die baltischen Republiken auch darüber enttäuscht, daß sie immer noch nicht, wie sie es gefordert hatten, frei darüber entscheiden können, welche Güter sie in welchen Mengen aus der Sowjetunion importieren. Damit sind auch sie weiter auf das bürokratische Zuteilungssystem für Öl, Gas und andere wichtige Rohstoffe angewiesen, über das der Handelsaustausch zwischen allen Teilrepubliken der Sowjetunion erfolgt.

Trotz aller dieser Schwachpunkte gibt es keinen Zweifel darüber, daß durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen der Handlungsspielraum der baltischen Republiken erheblich vergrößert wurde und daß sie jetzt über mehr Möglichkeiten verfügen, ihre Wirtschaft nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Preispolitik

In einem Punkt allerdings ist das Gesetz ziemlich unrealistisch. So können die baltischen Republiken laut Gesetz nunmehr zwischen freien Marktpreisen und behördlich festgelegten Preisen wählen. Dies hört sich zwar gut an, es dürfte jedoch kaum möglich sein, in einem so kleinen Teil der Sowjetunion freie Marktpreise einzuführen, während in der übrigen Sowjetunion weiterhin das künstlich aufrechterhaltene Preissystem angewandt wird. Die Preise in der Sowjetunion werden nicht nur kontrolliert, sondern erfahren durch Subven-

tionen und verschiedene indirekte Steuern zusätzlich viele Verzerrungen.

Ein Beispiel mag an dieser Stelle genügen: Ein Kilo Fleisch kostet in Estland und Litauen wie auch in der übrigen Sowjetunion 2 Rubel. Der Erzeuger erhält aber 5 Rubel dafür. Dies bedeutet, daß der Subventionsanteil beim Fleisch 150% des Marktpreises beträgt oder, anders ausgedrückt, würde im Falle der Streichung der Subventionen der Preis in den Geschäften um 150% steigen. Die Subventionen werden durch auf Industriegüter erhobene indirekte Steuern finanziert.

Selbstverständlich ist es schwierig, in einer durch solche Verzerrungen gekennzeichneten Wirtschaft Marktpreise einzuführen und es ist völlig zwecklos, dies in einem begrenzten Teil der Sowjetunion zu versuchen. Um wirklich ein System freier Marktpreise einführen zu können, müßte es eine Art Wirtschaftsgrenze zwischen den Baltischen Staaten und der übrigen Sowjetunion geben. Unter anderem aus diesem Grund haben die Baltischen Republiken die Einführung eigener Währungen beschlossen. Einen weiteren Grund bildete die Tatsache, daß der Rubel in seiner augenblicklichen Verfassung als Außenhandelswährung ungeeignet ist. Dies liegt unter anderem daran, daß er völlig überbewertet wird, so liegt der offizielle Umtauschkurs etwa 20 mal höher als der Umtauschkurs auf dem freien Markt. Diese starke Überbewertung wirkt sich exporthemmend und importfördernd aus, also genau entgegengesetzt zu den politischen Erfordernissen. Das Streben nach einer Politik angemessenerer Umtauschkurse bildet somit einen weiteren Grund für die baltischen Republiken, eigene Wäh-

rungen einzuführen. Am weitesten fortgeschritten ist man diesbezüglich in Estland, wo schon neue Geldscheine gedruckt wurden, die nur darauf warten, in Umlauf gebracht zu werden.

Weitere Reformen

Es gibt in der Sowjetunion immer mehr private und genossenschaftliche Unternehmen, dies insbesondere im Handels- und Dienstleistungssektor. Reine Privatbetriebe werden nur unter der Voraussetzung zugelassen, daß keine abhängig Beschäftigten in ihnen arbeiten. Benötigt ein Unternehmen mehr Arbeitskräfte, so muß es die Form einer Genossenschaft annehmen. In der Industrie sind große Staatsunternehmen immer noch absolut vorherrschend. In der Landwirtschaft hingegen sind einige Privatbetriebe gegründet worden. In Estland gibt es etwa 5.000 solcher landwirtschaftlichen Betriebe (im Vergleich zu 145.000 vor dem Zweiten Weltkrieg). Seit einiger Zeit ist von einer Umwandlung von Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften und von einer Ausgabe von Aktien an die Öffentlichkeit die Rede, bisher ist aber noch nichts in dieser Richtung geschehen. Es erweist dabei u.a. als schwierig, für diese relativ großangelegte Privatisierungsmaßnahme genügend kapitalkräftige Käufer zu finden.

ANHANG I

DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA

- EGB-Missionsberichte -

In seiner Sitzung vom 15. bis 16. Februar 1990 beschloß der EGB-Exekutivausschuß, im Frühjahr bzw. Frühsommer 1990 Missionen in die Tschechoslowakei, nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien und zu einem späteren Zeitpunkt auch in die DDR und die Sowjetunion zu entsenden. Nach Polen, zur Gewerkschaft Solidarnosc, verfügt der EGB bereits über gute Kontakte.

Die Delegationen sollten sich im wesentlichen darüber informieren:

- wie die neuen bzw. reformierten Partner ihre Organisationen und ihre Beziehungen zu den politischen Parteien und den Behörden beurteilen, vor allem aber darüber, was sie am dringendsten benötigen: Informationen über westeuropäische Erfahrungen, gewerkschaftliche und berufliche Bildungsmaßnahmen, materielle und technische Hilfe.
- welches die Absichten der Regierungen bezüglich der Gewerkschaften sind, ob sie die Freiheit der Gewerkschaftsorganisationen anerkennen, ob sie bereit sind, das Eigentum der früheren offiziellen Gewerkschaften den neuen Organisationen zu übertragen.

In diesem Anhang werden die Missionsberichte in verkürzter Form und unter besonderer Berücksichtigung der politischen Lage und der Situation der Gewerkschaften wiedergegeben.

1. TSCHECHOSLOWAKEI

Vom 28. bis 31. Mai 1990 hielt sich eine EGB-Delegation in der Tschechoslowakei auf.

Der Aufstand in der Tschechoslowakei begann mit den Studentendemonstrationen am 17. November 1989 und führte sehr schnell zu einer völlig neuen politischen

Situation. Das Land änderte seinen Namen: es gibt nun eine Föderalistische Tschechisch-slowakische Republik (CSFR) anstelle der vorherigen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

Am 8. und 9. Juni 1990 wurden Wahlen für eine zweijährige Legislaturperiode zu den zwei Kammern des Parlaments durchgeführt, nämlich Wahlen zur Volkskammer (150 Sitze, davon 101 für tschechische und 49 für slowakische Abgeordnete) und zur Länderkammer (150 Sitze, jeweils 75 Sitze für Tschechen und Slowaken. Die beiden Kammern haben den Auftrag, bis zum Jahr 1992 eine neue Verfassung auszuarbeiten.

	<u>Stimmen-</u> <u>anteil (%)</u>	<u>Mandate</u>
Bürgerforum/Öffentlichkeit gegen Gewalt	47	87
Kommunisten	14	23
Christdemokraten	12	20
Mährisch-schlesische Bewegung	5	9
Slowakische Nationalpartei	4	6
Koalition anderer Minderheiten	3	5

GEWERKSCHAFTEN

Struktur, Praktiken und Sprache der alten Gewerkschaftszentrale ROH waren ausgesprochen stalinistisch. Da die Arbeitnehmer in den Betrieben durch einen spontanen Generalstreik im November 1989 maßgeblich zum Wechsel beigetragen hatten, war klar, daß die Tage der alten Parteimarionetten in der Gewerkschaftsbewegung gezählt waren. Die Kommunistische Partei machte noch einen Versuch, die Kontrolle durch sogenannte Aktionskomitees zu behalten, hatte aber damit keinen Erfolg und der konstituierende Kongreß der CSKOS am 2. und 3. März wählte eine völlig neue Führungsgruppe, an deren Spitze Igor PLESKOT steht.

Der CSKOS hat - den Zahlen von 1989 zufolge - 6,3 Millionen Mitglieder in seinen 57 oder 58 Branchengewerkschaften und muß die Bewegung nun auf einer völlig anderen Basis wieder aufbauen. Der Gewerkschaftsbund ist parteiunabhängig und trat sofort aus dem WGB aus. Der entscheidende Unterschied im Vergleich zum alten ROH ist sein dezentraler Aufbau: jetzt sind die 57 oder 58 teilweise föderalen, teilweise regionalen (böhmischen, mährischen, slowakischen) Branchengewerkschaften die Hauptakteure.

Es ist unmöglich, die aktuellen - aber auch die vergangenen - Entwicklungen in der Tschechoslowakei zu verstehen, wenn man die unterschiedlichen historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in der Tschechei und der Slowakei nicht berücksichtigt. Diese Unterschiede machen sich auch in der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Mehr als 40 der Mitgliedsgewerkschaften der CSKOS sind entweder tschechisch oder slowakisch, nur eine Minderheit ist überregional. Die Arbeitnehmer in Metall-, Chemie- und Bauindustrie haben föderale Gewerkschaften, während die meisten Angestellten des Dienstleistungssektors entweder tschechischen oder slowakischen Gewerkschaften beitreten. Man darf nicht vergessen, daß in der Slowakei weithin Unzufriedenheit über die angebliche tschechische Dominanz in den nationalen Strukturen herrscht.

Die slowakische Wirtschaft war traditionsgemäß weniger entwickelt und stärker landwirtschaftlich orientiert als die in Böhmen und Mähren. Auch die Religion spielt bei alldem eine Rolle. Die Slowakei ist vorwiegend katholisch, und es ging das Gerücht von der Gründung einer unabhängigen christlichen Gewerkschaftsbewegung um, aber die Missionsteilnehmer fanden diese These nicht bestätigt.

Herausragende Tatsache ist jedoch, daß die Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei stark und einig ist. Dem CSKOS haftet offensichtlich noch das kollektivistische Stigma der Vergangenheit an und er muß hart um allgemeine Unterstützung kämpfen, aber er ist nach wie vor eine starke Organisation. Die alte Einzelgewerkschaft außerhalb des CSKOS, die Gewerkschaft für Kunst und Kultur (80.000 bis 100.000 Mitglieder, während der Revolution und vor der Entstehung des KOS gegründet) - die Delegation traf mit ihren Vertretern zusammen - steht dem CSKOS kritisch gegenüber und versucht selbst, stärker die Struktur eines Bundes anzunehmen. Dies kann sich aber als schwierig erweisen. Es ist überraschend, wie schnell und wirkungsvoll sich der CSKOS und seine Mitgliedsorganisationen der alten Nomenklatura auf allen Ebenen entledigen konnten. Es gibt auch Bereiche, die vorher gar nicht gewerkschaftlich organisiert waren, wie z.B. Landwirtschaft, Polizei und Streitkräfte. Hier gibt es nun eigene Gewerkschaften.

Der CSKOS und seine Mitgliedsorganisationen verfügen über eigenes Vermögen und Eigentum. Es wurde eine

besondere Holdinggesellschaft gegründet, die die Hotels, Erholungszentren, Kulturzentren usw. verwaltet. Da die ROH die Kommunistische Partei subventionierte, kann es sein, daß ein Teil dieses Gewerkschaftsvermögens unsicher ist. Die "Föderative Versammlung", also das Parlament, wird die Frage in Kürze prüfen.

Der CSKOS trat sofort aus dem WGB aus. Da aber der WGB seinen Sitz in Prag in einem Haus der tschechoslowakischen Gewerkschaften hat, muß er sich für seinen stark ausgedünnten Personalstab nach einem neuen Haus umsehen.

Der CSKOS hat im April die EGB-Mitgliedschaft beantragt. Da eine Mitgliedschaft im EGB nicht möglich ist, bevor der Kongreß 1991 die Satzung geprüft hat, wurde dieser Antrag im Exekutivausschuß nicht diskutiert. Der IBFG-Vorstand hat den CSKOS am 9. Mai einstimmig als Mitglied akzeptiert. Viele Mitgliedsorganisationen des CSKOS sind bereits den internationalen Berufssekretariaten angeschlossen oder auf dem Weg, dort Mitglied zu werden.

2. UNGARN

Vom 14.-16. Mai 1990 hielt sich eine EGB-Mission in Ungarn auf.

Die Volksrepublik Ungarn existiert nicht mehr. In den vergangenen 12 Monaten und in den ersten Monaten von 1990 hat das Land - genauso wie seine Nachbarn - einen politischen Umbruch erlebt. Nach 43 Jahren sozialistischer Planwirtschaft und Diktatur der kommunistischen Partei ist Ungarn nun eine parlamentarische Demokratie mit politischen Parteien, in der die grundlegenden Menschenrechte geachtet werden. Die politischen und militärischen Bindungen an die Sowjetunion nehmen schnell ab und man will zur Marktwirtschaft zurückkehren. Die ersten freien Wahlen seit 1946 (in denen die kommunistische Partei ebenfalls Stimmenverluste hinnehmen mußte) fanden im März statt und die meisten Beobachter waren über die Ergebnisse überrascht. Die ungarischen Wähler reagierten stark auf alles, was an die Vergangenheit oder den Sozialismus erinnerte. So kam zum Beispiel keine der sozialdemokratischen Parteien über die Schwelle von 4%, und sie erhielten keinen Sitz im neuen Parlament. Klarer Gewinner der Wahl war die konservative, sehr heterogene Demokratische Front. Die Sitzverteilung im Parlament sieht folgendermaßen aus:

	<u>Stimmen- anteil</u>	<u>Mandate</u>
Ungarisches Demokratisches Forum	25	165
Bund Freier Demokraten	21	92
Partei der Kleinen Landwirte	12	43
Ungarische Sozialistische Partei	11	33
Bund Junger Demokraten	9	21
Christlich Demokratische Volkspartei	7	21

Jozsef Antall hat eine neue Regierung gebildet, die sich aus dem Demokratischen Forum, der Partei kleiner Landwirte und den Christdemokraten zusammensetzt und im Parlament über eine klare Sitzmehrheit verfügt.

GEWERKSCHAFTEN

Die ungarischen Gewerkschaften standen bis 1988 unter der Herrschaft des SZOT (Zentralrat der Gewerkschaften), dem 19 "untergeordnete" Branchengewerkschaften angehörten. Dennoch war die ungarische Gewerkschaftsszene seit den 70er Jahren weniger starr als in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern. Die "liberale" Tendenz des SZOT trat sowohl im eigenen Land als auch auf der internationalen Bühne sehr viel deutlicher zutage. Trotzdem verfügte er über eine traditionelle leninistische Struktur: von der Partei dominiert und vollkommen zentralisiert. Das alte Image des SZOT ist sehr schlecht und wird allseits heftig kritisiert - von früheren Mitgliedern seiner Führungsgremien und anderen, die seinen Zirkeln niemals angehörten.

Der SZOT veranstaltete am 2. und 3. März 1990 seinen Kongreß. Vorher war es in seinen eigenen Reihen turbulent zugegangen; einige Gewerkschaften traten aus, es wurden neue Gewerkschaften gegründet, die ihm nicht angehörten, und seine 19 Branchengewerkschaften zerfielen in viele kleine Einzelgewerkschaften. Der Kongreß beschloß, der Existenz des "Rates" (d.h. des SZOT) ein Ende zu machen und den Ungarischen Gewerkschaftsbund (MSZOSZ) zu gründen. Sandor Nagy, vormals Generalsekretär des SZOT, wurde (mit mehr als 80% der Stimmen) zum Präsidenten des MSZOSZ gewählt. Die Entscheidung, den SZOT "abzuschaffen", bedeutete auch den Bruch mit dem WGB.

Dem MSZOSZ gehören heute 3,6 Millionen Mitglieder (von insgesamt 5 Mio. Erwerbstätigen) aus 77 - 81 Mit-

gliedsgewerkschaften an (die Gesamtzahl hängt von der Zählmethode ab). Am stärksten zeichnet sich der MSZOSZ durch die Dezentralisierung zugunsten der Branchengewerkschaften aus. Die Anzahl der im Hauptsitz Beschäftigten wurde von 2000 auf 60 gesenkt. Auch die Bindungen an die politischen Parteien wurden aufgelöst, auch wenn Präsident Nagy die politische Ausrichtung der Gewerkschaft als "mitte-links" bezeichnete. Der MSZOSZ hat sich dafür entschieden, aus den Trümmern der alten Organisation eine demokratische Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Sandor Nagys Ansicht zufolge liegt es an dieser Entscheidung und auch an den schlechten Erfahrungen der Arbeitnehmer mit den herkömmlichen "Gewerkschaften", daß der MSZOSZ sich nur langsam und schrittweise entwickelt. Auf die direkte Frage der Delegation, welche Rolle der MSZOSZ im WGB innehatte, antwortete Nagy, der Gewerkschaftsbund sei dieser Organisation nicht angeschlossen und werde weder am WGB-Kongreß im November in Moskau noch an den Vorbereitungen dafür teilnehmen. Nagy äußerte den Wunsch, enger mit dem EGB zusammenzuarbeiten.

Die zweitgrößte gewerkschaftliche Kraft in Ungarn ist zur Zeit die lose Vereinigung der sogenannten autonomen Gewerkschaften, fast alles ehemalige SZOT-Mitglieder. Die größten Gruppen innerhalb dieser Vereinigung sind der Verband der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (hauptsächlich Angestellte) mit ca. 230.000 Mitgliedern und verschiedenen einzelnen Branchengewerkschaften und der Verband der Chemiearbeiter mit etwa 140.000 Mitgliedern. Der Verband der Chemiearbeiter ist seit neuestem Mitglied der ECEF. In den Gesprächen der Missionsteilnehmer mit den autonomen Gewerkschaften wurde deutlich, daß diese sowohl dem MSZOSZ als auch der Demokratischen Liga skeptisch gegenüberstehen. Trotzdem zeigten die autonomen Gewerkschaften Interesse an der Bildung eines Zusammenschlusses und die Chemiearbeiter organisierten für den 22. Mai eine Sonderkonferenz zur Bildung einer nationalen Koalition.

Die Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften spielte bei ihrer Gründung 1988, als keine anderen oppositionellen Gruppen legalisiert werden konnten, eine große Rolle. Ihr gehören heute 51 Mitglieds-gewerkschaften mit insgesamt zwischen 60.000 bis 80.000 Mitgliedern an. Die Liga ist stark vertreten bei Intellektuellen, Wissenschaftlern und Künstlern. Politisch ist sie gespalten: einige Gewerkschaftsführer stehen den Freien Demokraten nahe, andere eher den

Christdemokraten. Sie steht dem alten SZOT ebenso kritisch gegenüber wie dem neuen MSZOSZ. Ihr politischer Einfluß ist größer als man es ihren Mitgliederzahlen entnehmen kann: etwa 40 Mitglieder des neuen Parlaments sind ihr freundlich gesonnen und am 1. Mai organisierte sie eine Demonstration, die starken Zulauf fand. Der Präsident des AFL-CIO, Lane Kirkland, war als Gastredner anwesend. Dennoch vermittelt die Liga den Eindruck, sie sei eher eine Lobby einiger politisch aktiver Intellektueller als eine Gewerkschaft westlichen Zuschnitts.

Die Arbeitnehmerräte

Die Arbeitnehmerräte entsprechen unserer Vorstellung von basisorientierter Gewerkschaftsarbeit auf Betriebsebene.

140 solcher Räte wurden bisher gegründet, 40 davon sind Mitglied des Nationalen Verbandes der Arbeitnehmerräte. 40 weitere haben den Wunsch geäußert, dem Verband beizutreten.

Der Vertreter des Verbandes der Arbeitnehmerräte glaubt, daß bis Ende des Jahres an die 600 Arbeitnehmerräte entstanden sein werden. Die Räte sind von den politischen Parteien unabhängig und arbeiten auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft (es sind keine Beiträge zu zahlen).

Die EGB-Delegation ist der festen Überzeugung, daß diese Arbeitnehmerräte, die so sehr um die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit besorgt sind, bald mit der Tatsache konfrontiert sein werden, daß ihre Gewerkschaftsarbeit nur begrenzte Auswirkungen hat. Es bestehen nur sehr sporadische und begrenzte Kontakte zwischen den Arbeitnehmerräten der Betriebe ein und derselben Unternehmensgruppe.

Es gibt noch andere Gewerkschaftsorganisationen. Die bekannteste unter ihnen ist die sogenannte 'Arbeitnehmersolidarität', die jedoch nicht mehr als 72-73.000 Mitglieder hat.

3. RUMÄNIEN

Vom 3. bis 5. Juni besuchte eine vom EGB geführte Mission Rumänien.

Bis Ende Dezember 1989 schien Rumänien von den sich überstürzenden Ereignissen, die andere mittel- und osteuropäische Länder revolutionierten, "verschont" zu bleiben. Am 22. Dezember nahm die rumänische Revolution ihren Anfang. Die unbarmherzige Diktatur Ceausescus, die Vetternwirtschaft, die von der Securitate an der ungarischen Minderheit begangenen Grausamkeiten, ein Jahrzehnt harter Sparmaßnahmen, die die Bevölkerung der grundlegenden Produkte beraubten, und nicht zuletzt die drastischen bevölkerungspolitischen Maßnahmen - all dies wandte sich plötzlich gegen den Diktator und seinen Clan. Die Übergangsregierung der Front zur Nationalen Rettung, die nach dem Sturz des Diktators gebildet wurde, wird von den früheren Kommunisten dominiert.

Am 20. Mai fanden die Wahlen zum Parlament mit zweijähriger Legislaturperiode statt, das sich aus einem Abgeordnetenhaus mit 396 Abgeordneten und einem Senat mit 190 Sitzen zusammensetzt, die gemeinsam den Auftrag haben, bis Ende nächsten Jahres eine neue Verfassung auszuarbeiten.

	<u>Stimmen-</u> <u>anteil (%)</u>	<u>Mandate</u>
Front zur Nationalen Rettung	66	233
Demokratische Union der Ungarn	7	29
Nationalliberale Partei	6	29
Grüne	3	12
Nationale Bauernpartei	3	12
Sonstige Parteien	15	81

GEWERKSCHAFTEN

Die Delegation konzentrierte sich auf Fratia ("Brüderlichkeit" oder Bruderschaft), den Gewerkschaftsbund, der vor und während der Dezemberrevolution aus dem Untergrund auftauchte und am 26. Januar gegründet wurde. Fratia gibt an, bisher im ganzen Land 550.00 Mitglieder zu haben. Am 6. Mai waren 6 Gewerkschaften mit regionalen Strukturen im ganzen Land und 34 Gewerkschaften auf Betriebsebene Mitglied und 15 unabhängige Gewerkschaften arbeiten mit Fratia zusammen. Als letztes Mitglied schloß sich die Gewerkschaft der Arbeitnehmer im Telegrafensektor mit landesweit 2.5000 Mitgliedern an; die Gewerkschaft 'Sanitas', in der 140.000 Personen aus dem Gesundheitsbereich (ohne das medizinische Personal) organisiert sind, wird sich ebenfalls bald anschließen. Es gibt noch mehr Gewerk-

schaften, die sich teilweise - zu Lasten der alten Gewerkschaften (z.B. Bergarbeiter, Ärzte, Lehrer) - gerne Fratia anschließen wollen. Fratia hofft, zum größten Gewerkschaftsbund des Landes werden zu können, aber diesem Wunsch stellen sich Hindernisse in den Weg. Eins dieser Hindernisse besteht darin, daß der frühere Gesamtgewerkschaftsrat Rumäniens, heute in 'Nationaler Rat Freier Gewerkschaften' umbenannt, weiter über das gesamte Gewerkschaftsvermögen verfügt und somit die materiellen Möglichkeiten zur Organisation der Arbeitnehmer hat. Der Nationale Rat gibt an, 2 Millionen Mitglieder zu haben. Die weitaus meisten der 10 Millionen Arbeitskräfte gehören den unabhängigen, oft auf Betriebsebene basierenden Gewerkschaften an (meistens in der öffentlichen Verwaltung). 45 Jahre lang hatten die Rumänen keine wirklichen Gewerkschaften und sie haben verzerrte Vorstellungen davon, was Gewerkschaften sind. Jedem zentralisierten Organ gegenüber besteht Mißtrauen und man fürchtet, eine zentrale Gewerkschaftsorganisation werde "zu politisch", d.h. würde sich zu eng an eine Partei binden.

Ganz besonders wichtig ist die Frage nach dem Gewerkschaftsvermögen. Fratia und die Gewerkschaftsallianz fordern einen Teil des Vermögens des früheren Gesamtgewerkschaftsrats. Bis jetzt liegt sämtlicher Besitz bei seinem "offiziellen" Nachfolger. Fratia und die Allianz haben sich am 6. Juni getroffen, um sich auf die Verhandlungen über diesen Punkt mit dem Nationalen Rat (reformierte kommunistische Gewerkschaften) am 17. Juni vorzubereiten. Dieser Termin war vom gewählten rumänischen Präsidenten Iliescu vorgeschlagen worden. An den Verhandlungen werden auch Vertreter der Regierung teilnehmen. Falls die Streitigkeiten nicht beigelegt werden können, sind Protestaktionen und sogar Streiks geplant. Aus rechtlichen Gründen und wegen der Notwendigkeit, in der Vermögensfrage auf einheitliches Vorgehen aller nicht-kommunistischen Gewerkschaften zählen zu können, hat die Gewerkschaftsallianz alle nach Brasov zu einer ersten Nationalen Konferenz eingeladen. Es könnte sein, daß gemeinsame Gefahren alle nicht-kommunistischen Gewerkschaften, wenn schon nicht zu einer Vereinigung, dann doch immerhin zu engerer Zusammenarbeit veranlassen. Die Zukunft wird zeigen, ob dies ein einmaliges Beispiel ist oder ob eine Struktur entsteht, die dem Trend der rumänischen Gewerkschaftsbewegung zur Aufsplitterung Einhalt gebietet.

4. BULGARIEN

Am 6. und 7. Juni 1990 besuchte eine vom EGB angeführte Delegation die Hauptstadt Bulgariens, Sofia.

Nach dem Staatsstreich im November 1989 gab sich die Kommunistische Partei einen neuen Namen und wurde zur Bulgarischen Sozialistischen Partei. Es ist noch zu früh, um Spekulationen darüber anzustellen, ob der vom Verband für sozialistische Organisation vertretene radikal-reformistische Flügel der BSP für die Union der Demokratischen Kräfte (UDK), eine Koalition von 16 kleineren Parteien oder Gruppierungen, für mögliche Verhandlungen zur Errichtung einer Koalitionsregierung akzeptabel ist. Die treibende Kraft in der UDK ist "Podkrepa", eine weitere wichtige Partei ist die wiederauferstandene Agrarunion "Nicolai Petkoff" (die 1947 aufgelöst wurde), die Sozialdemokratische Partei, Ecoglas-nost sowie liberale und christliche Gruppierungen und Tendenzen.

Die Parlamentswahlen für eine zweijährige Legislaturperiode fanden am 10. und 17. Juni 1990 statt. Gewählt wurde ein Parlament, das nur aus einer Kammer und 400 Abgeordneten besteht und das den Auftrag hat, bis 1992 eine neue Verfassung auszuarbeiten.

	<u>Stimmen-</u> <u>anteil (%)</u>	<u>Mandate</u>
Bulgarische Sozialistische Partei	47	211
Union Demokratischer Kräfte	36	144
Bauernpartei	8	16
Türkische Bewegung für Rechte und Freiheiten	6	23
Sonstige	3	6

GEWERKSCHAFTEN

Podkrepa

Podkrepa, im Februar 1989 von einer kleinen Gruppe Intellektueller um den Physiker Konstantin Trentschew gegründet, war zunächst eher eine Gruppe von Bürgerrechtlern als eine Gewerkschaft. Im Juni 1989 traten die Mitglieder aus Protest gegen die Minderheitenpolitik von Schiwkow (hauptsächlich antitürkisch) in den Hungerstreik. Trentschew und einige seiner Kollegen wurden bis September inhaftiert. Von der ursprüngli-

chen Gruppe ist nur noch Trentschew in Bulgarien, alle anderen Mitglieder wurden des Landes verwiesen. Seinerzeit protestierte der IBFG gegen dieses Vorgehen bei der IAO sowie beim Menschenrechtsausschuß der UNO. Im September 1989 beschloß Podkrepa eine eigene Satzung sowie ein Programm. Beide sprachen sich für eine unabhängige, freie Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien aus. In der Satzung wird auch die Mitgliedschaft der führenden Podkrepa-Vertreter in politischen Parteien geregelt. Die anderen Mitglieder können sich in den Parteien ihrer Wahl engagieren.

Die meisten Mitglieder wurden nach dem 10. November rekrutiert. Zu Beginn des Jahres hatte Podkrepa 100.000 Mitglieder, bis zum Juni war die Zahl bereits auf 300.000 - bei weiterhin steigender Tendenz - angestiegen. Podkrepa konnte sich Glaubwürdigkeit erwerben aufgrund ihrer demokratischen Strukturen, ihres Widerstands gegen die alten, diskreditierten Gewerkschaften und, last but not least, durch ihre Beteiligung und Mitverantwortung an der immensen Streikwelle, die das Land nach November erschütterte; auch die positiven Ergebnisse bei den Tarifverhandlungen trugen zur Stärkung dieser Glaubwürdigkeit bei. Die größte Errungenschaft war zweifelsohne die Beilegung des Bergarbeiterstreiks. Weiterhin gelang es Podkrepa, eine die Streiks fürchtende Regierung an den nationalen Verhandlungstisch zu bringen. Bei dieser Aktion wurde Podkrepa beratend von der Solidarnosc Polens unterstützt.

Inzwischen umfaßt Podkrepa auch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Organisiert wird auf regionaler Ebene und nach Berufsgruppen. Prinzipiell geht die Organisation von unten nach oben. Podkrepa hat bisher 14 Branchengewerkschaften und zwei Verbände aufgenommen (den Verband der Bergarbeiter und den Verband der Arbeitnehmer aus dem geologischen, chemischen und metallverarbeitenden Bereich). Podkrepa hat ihre Mitglieder aufgefordert, eigene Plattformen zu entwickeln. Der Gewerkschaftsbund selbst besteht aus Kongreß, Vorstand (als Leitungsgremium mit 28 Vertretern von regionalen und Branchengewerkschaften) und dem Geschäftsführenden Vorstand als Teil des Vorstands, der aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, einem Sprecher, einem Generalsekretär und vier Sekretären der Mitgliedsorganisationen besteht.

Der Bund der Unabhängigen Freien Gewerkschaften in Bulgarien

Zwei Wochen nach dem Sturz von Todor Schiwkow verabschiedete der CCBTU eine EntschlieÙung, in der die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der KP proklamiert wurde. Die alte Führung unter dem Vorsitzenden Petar Diulguerow trat geschlossen zurück, und es wurde ein Provisorischer Vorstand zur Vorbereitung des Außerordentlichen CCBTU-Kongresses eingerichtet. 51% der Mitglieder des Provisorischen Vorstands gehören der gewerkschaftlichen Basis an. Dieser 11. Außerordentliche Kongreß fand am 17. Februar statt und wurde zum Gründungskongreß der neuen CITUB. Wesentliche Charakteristika der neuen Satzung und des neuen Programmes sind: Prinzip der freien, unabhängigen, demokratischen, pluralistischen, branchenzentrierten Gewerkschaftsbewegung, dreigliedrige Organisation, friedlicher Übergang zu einer demokratischen, sozial gerechten und humanen Gesellschaft, Professionalität der Manager, Abschaffung des Staatsmonopols in der Wirtschaft, minimale Subventionen und Investitionen des Staates, die Wiederherstellung der Landwirtschaft, die Entwicklung der Marktkräfte, Gleichheit für alle Besitzformen und vor allem "soziale Sicherheit für die Bevölkerung". Die Schuld am Chaos der bulgarischen Wirtschaft und der "politischen Kultur" wird/wurde dem totalitären System und dem "Einparteien-Machtmonopol" zugewiesen. Außerdem wird im Programm eine "Bestrafung der für die nationale Katastrophe Verantwortlichen" gefordert.

ANHANG I I

EGB BESCHLIESST EUROPÄISCHES GEWERKSCHAFTSFORUM

Der Exekutivausschuß des EGB beschloß in seiner Sitzung vom 14. und 15. Juni in Genf die Bildung eines Europäischen Gewerkschaftsforums, das einen gemeinsamen Rahmen für Dialog und Kooperation zwischen dem EGB und Gewerkschaftsbünden der mittel- und osteuropäischen Länder bilden soll.

Der EGB wird zu dem Forum repräsentative Gewerkschaftsbünde einladen, die den Zielen einer unabhängigen und demokratischen Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Grundprinzipien des EGB verpflichtet sind.

Im Mittelpunkt des Forums sollen die Fragen stehen, die mit dem Zusammenwachsen ganz Europas in Zusammenhang stehen und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa berühren; insbesondere:

- Erfahrungsaustausch und Koordinierung in gemeinsam interessierenden Fragen, wie z.B. der Entwicklung industrieller Beziehungen und Tarifverhandlungen, der Rechte der Interessenvertretung der Arbeitnehmer, der Berufsbildung, der sozialen Sicherheit, der Chancengleichheit, der Arbeits- und Umweltbedingungen;
- Erörterung der Fortschritte in der Entwicklung der Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa;
- die Auswirkungen der Umstrukturierung der Wirtschaftsordnungen dieser Länder und der Investitionsstrategien der Unternehmen;
- die Bekämpfung der Gefahren der Arbeitslosigkeit und des sozialen Dumpings;
- die sich entwickelnden Vertragsbeziehungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zwischen EG, EFTA, Europarat und den Ländern Mittel- und Osteuropas, einschließlich der Hilfsprogramme für diese Länder, wobei die soziale Dimension unbedingt berücksichtigt werden muß.

Der EGB wird in diesen Fragen weiterhin eng mit dem IBFG, dem WVA und der TUAC zusammenarbeiten.

STATISTIKEN

- Grunddaten für mittel- und osteuropäische Länder
- Ost-West-Handel
- EG-Ausfuhren in COMECON-Staaten 1988
 - nach Warengruppen -
 - nach Ländern -
- EG-Einfuhren aus COMECON-Staaten 1988
 - nach Warengruppen -
 - nach Ländern -
- EG-Handelbilanz 1986-1988
- Anteil der osteuropäischen Länder
an den Ausfuhren der OECD-Staaten
- Nettoschulden der mittel- und
osteuropäischen Länder in Mia. \$
- Leistungsbilanz
- Nettoschulden/Ausfuhr in %

GRUNDATEN FÜR MITTEL- UND OSTEUROPISCHE LÄNDER

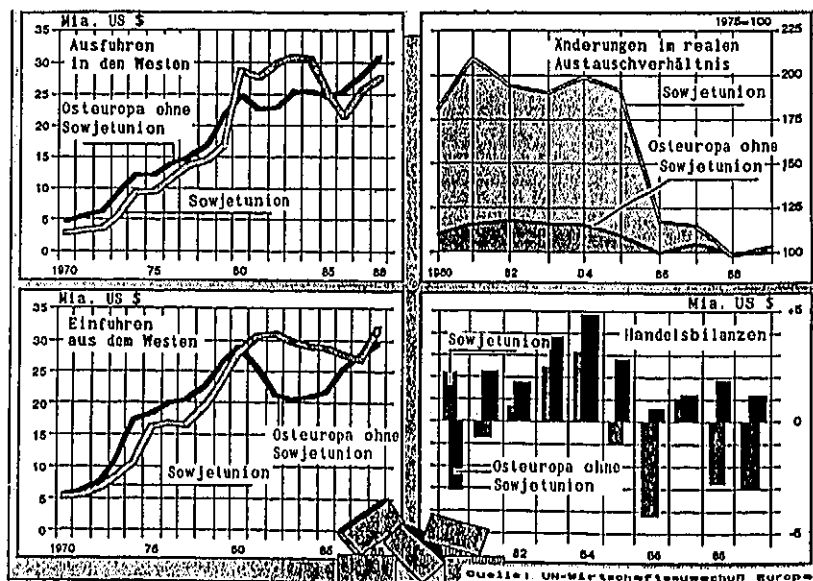
	Sowjet- union	Bulgarien	Tschecho- slowakei	DDR	Ungarn	Polen	Rumänien	OECD
Allgemeine Daten								
Bevölkerung (Mio., 1988)	286.4	9.0	15.6	16.6	10.6	38.0	23.0	824.8
BIP (Mia. \$, 1988)	1 590.0	50.7	118.6	155.4	68.8	207.2	94.7	12 073.0
BIP pro Kopf \$	5 552.0	5 633.0	7 603.0	9 361.0	6 491.0	5 453.0	4 117.0	14 637.0
BIP-Zuwachs								
1971-80	3.1	2.8	2.8	2.8	3.6	3.6	5.3	3.3
1981-85	1.7	0.8	1.2	1.9	0.7	0.6	-0.1	2.5
1986-88	2.3	1.9	1.5	1.7	1.5	1.0	0.1	3.5
Lebensstandard (1987)								
Autos/1000 Einw.	50.0	127.0	182.0	206.0	153.0	74.0	11.0	385.0
Telefon/1000 Einw.	124.0	248.0	246.0	233.0	152.0	122.0	111.0	542.0
BIP pro Kopf (EG 100%) ²	50	45	70	75	55	40	35	-
Kindersterbeziffer/1000 ²	25.1	9.7	7.9	9.2	20.4	17.5	23.5	-
Lebenserwartung (Männer) ²	62.9	68.4	67.1	69.5	65.6	66.5	67.0	
Strukturdaten								
Zahl der Beschäftigten	21.7	19.5	12.1	10.2	18.4	28.2	28.5	8.0
in der Landwirtschaft								
Bruttoinvestitionen/PIB	33.2	32.7	24.7	29.2	28.5	36.5	37.1	20.6
Anteil des Privalsektors	2.5	8.9	3.1	3.5	14.6	14.7	2.5	70-80
am Volkseinkommen/BIP								
rel. Energieintensität (OECD=1)	2.6	2.2	1.9	1.6	1.5	1.9	2.7	1.0
Zahl der Beschäftigten mit höherer Schulbildung oder Studium	27.3	n.a.	29.4	n.a.	33.8	28.9	n.a.	61.0
Handelsziffern			Tschecho- slowakei	DDR	Ungarn	Polen	Rumänien	OECD
Warengesamtausfuhr 1988								
in % des BIP	6.8	23.0	19.7	13.7	14.7	6.4	11.2	14.4
Verarbeitendes Gewerbe								
in % des Exports in	63.1	59.3	72.4	77.3	79.6	63.4	50.6	81.8
nicht-sozialistische Länder								
Veränderungen des Marktanteils								
in Handel mit OECD-Staaten								
1978-1989	-26.7	-18.5	-44.0	-25.2	- 7.8	-32.3	-46.3	-
1986-1989	-13.0	-19.9	0.9	- 9.1	1.5	-23.5	-27.8	-

Quelle : OECD, Economic Outlook, June 1990

1) Deutsche Bank, 1990

2) UN : Demographic Yearbook

OST-WEST-HANDEL



Quelle: Financial Times, 8.12.1989

EG-AUSFUHREN IN COMECON-STAATEN 1988

- nach Warengruppen -

	in Mio. ECU	in Prozent
Nahrungs- und Genußmittel	1 621	8.33
Brennstoffe	98	0.50
Rohstoffe	674	3.46
Chemische Erzeugnisse	3 483	17.91
Maschinen, Apparate und Beförderungsmittel	7 113	36.57
Sonstige Produkte	6 463	33.23
<u>insgesamt</u>	<u>19 452</u>	<u>100</u>

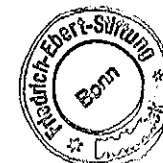
Quelle: Eurostat, Foreign Trade, 1990 (1)

EG-AUSFUHREN IN COMECON-STAATEN

- nach Ländern -

	1978	1983	1988
Sowjetunion	41.56	59.12	48.75
DDR	1.13	4.0	6.09
Polen	18.6	10.04	13.29
Tschechoslowakei	9.12	7.04	10.46
Ungarn	11.31	9.45	11.35
Rumänien	10.75	4.34	2.96
Bulgarien	4.24	5.44	6.78
Albanien	0.29	0.48	0.33
<u>insgesamt</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

Quelle: Eurostat, Foreign Trade, 1990 (1)



EG-EINFUHREN AUS COMECON-STAATEN 1988

- nach Warengruppen -

	<u>in Mio. ECU</u>	<u>in Prozent</u>
Nahrungs- und Genußmittel	1 608	7.11
Brennstoffe	7 949	35.17
Rohstoffe	2 562	11.33
Chemische Erzeugnisse	1 834	8.11
Maschinen, Apparate und Beförderungsmittel	1 959	8.67
Sonstige Produkte	6 691	29.6
<u>insgesamt</u>	<u>22 603</u>	<u>100</u>

Quelle : Eurostat, Foreign Trade, 1990 (1)

EG-EINFUHREN AUS COMECON-STAATEN

- nach Ländern -

	<u>1978</u>	<u>1983</u>	<u>1988</u>
Sowjetunion	49.54	64.44	52.19
DDR	5.51	5.13	5.63
Polen	17.44	8.6	13.5
Tschechoslowakei	8.39	6.54	8.88
Ungarn	7.83	5.69	8.67
Rumänien	8.55	6.91	8.98
Bulgarien	2.54	2.29	1.86
Albanien	0.2	0.4	0.29
<u>insgesamt</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

Quelle : Eurostat, Foreign Trade, 1990 (1)

EG-HANDELSBILANZ 1986-88

(in Mio ECU)

- nach Warengruppen -

	<u>1986</u>	<u>1987</u>	<u>1988</u>
Nahrungs- und Genußmittel	383	- 72	13
Brennstoffe	-8 400	-9 157	-7 851
Rohstoffe	-1 546	-1 643	-1 888
Chemische Erzeugnisse	1 457	1 576	1 649
Maschinen, Apparate und Beförderungsmittel	4 906	4 401	5 154
Sonstige Produkte	733	573	- 228
<u>insgesamt</u>	<u>-2 467</u>	<u>- 4 322</u>	<u>- 3151</u>

Quelle : Eurostat, Foreign Trade 1990 (1)

Anteil der osteuropäischen Länder an den Ausfuhren
der OECD-Staaten - 1988-1989

	<u>%</u>
OECD insgesamt	2,2
OECD - Europa	2,8
EG	2,3
EFTA	5,4
Finnland	16,4
Österreich	9,0
S-DK-N	1,9

Quelle : OECD, Monthly Statistics of Foreign Trade (1)

Nettoschulden der mittel- und osteuropäischen Länder in Mia. \$

	1981	1985	1986	1987	1988	1989
Bulgarien	2,4	1,6	3,7	5,2	6,2	8,3
Tschechoslowakei	3,5	2,5	3,0	3,7	4,0	5,4
DDR	13,3	7,8	8,2	9,9	9,6	11,3
Ungarn	7,8	9,5	12,9	16,2	15,9	19,4
Polen	25,1	28,2	31,9	35,8	35,6	37,5
Rumänien	9,9	6,3	5,9	4,6	2,0	-0,1
Sowjetunion	18,1	14,9	18,3	22,4	25,6	32,8
insgesamt	<u>80,0</u>	<u>70,8</u>	<u>83,9</u>	<u>97,9</u>	<u>98,9</u>	<u>114,6</u>

Quelle : Financial Market Trends No 45, OECD, Februar 1990

LEISTUNGSBILANZ
(in Mio. \$)

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Bulgarien	446	588	426	666	6	- 921	21	-650	- 80
Tschechoslowakei	- 300	0	400	400	500	240	-300	-350	- 30
DDR (1)	- 600	1300	1400	1100	1575	780	730	585	- 20
Ungarn	- 700	0	300	330	-459	-1400	-850	-500	-140
Polen (2)	-3000	-2150	-1090	-1170	-550	- 550	-200	-500	-200
Rumänien	800	600	900	1500	900	1300	1850	2200	200
insgesamt(6 Staaten)	4954	318	2336	2826	1972	- 551	1251	785	- 90
UdSSR	2400	5700	3500	4000	600	1000	4000	3100	-100
insgesamt(7 Staaten)	2554	6018	5836	6826	2572	449	5251	3885	-190

- (1) Einschließlich innerdeutscher Transaktionen
(2) Einschließlich nichtbezahlter Zinsen

Quelle: OECD

Verhältnis Nettoschulden-Ausfuhr in %

	<u>1981</u>	<u>1985</u>	<u>1986</u>	<u>1987</u>	<u>1988</u>	<u>1989</u>
Bulgarien	67	50	143	175	196	263
Tschechoslowakei	82	61	66	78	78	95
DDR	198	89	89	117	106	118
Ungarn	160	211	312	324	290	326
Polen	502	546	570	556	504	532
Rumänien	135	100	98	76	32	-1
Sowjetunion	65	58	79	82	90	113

Quelle : Financial Market Trends No 45, OECD, Februar 1990

Liste der bisher erschienenen I N F O S

1. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN GROSSBRITANNIEN: TUC 1982, 2. Auflage 1986, 40 S.
2. BESCHÄFTIGUNG, INVESTITIONEN UND DER ÖFFENTLICHE SEKTOR 1982, 89 S.
3. DIE ARBEITSZEIT IN WESTEUROPA IM JAHRE 1982 1983, 78 S.
4. LOHNVERHANDLUNGEN IN WESTEUROPA 1982/1983 1983, 70 S.
5. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN SCHWEDEN 1983, 2. Auflage 1989, 42 S.
6. DIE VERTRETUNG DER FRAUEN IN DEN GEWERKSCHAFTEN 1983, 80 S.
7. DIE WIRTSCHAFTLICHEN KOSTEN DER ARBEITSLOSIGKEIT 1984, 59 S.
8. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN GRIECHENLAND 1984, 32 S.
9. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: Der DGB 1984, 10 S.
10. ARBEITSPLÄTZE FÜR JUGENDLICHE 1984, 80 S.
11. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN ITALIEN: CGIL-CISL-UIL 1985, 78 S.
12. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN ÖSTERREICH: Der ÖGB 1985, 38 S.

13. NEUE TECHNOLOGIEN UND TARIFVERHANDLUNGEN
1985, 66 S.
14. GEWERKSCHAFTLICHE DIENSTE FÜR ARBEITSLOSE
1985, 33 S.
15. LOHNVERHANDLUNGEN IN WESTEUROPA 1984/1985
1985, 56 S.
16. ARBEITSPLÄTZE FÜR ALLE - Ein Film des EGB
und des EGI - Drehbuch und Begleitheft -
1986 (nicht in deutscher Sprache verfügbar)
17. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN SPANIEN
1986, 63 S.
18. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN BELGIEN
1987, 82 S.
19. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN NORWEGEN
1987, 63 S.
20. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN FRANKREICH
1987, 83 S.
21. EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSBUND
- Profil des EGB -
1987, 37 S.
22. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN DÄNEMARK
1987, 75 S.
23. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN PORTUGAL
1988, 65 S.
24. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN DER TÜRKEI
1988, 2. Auflage 1989, 75 S.
25. DIE SOZIALE DIMENSION DES BINNENMARKTES
- Teil 1: Beschäftigung -
1988, 51 S.
26. DIE SOZIALE DIMENSION DES BINNENMARKTES
- Teil 2: Arbeitnehmerrechte in den
europäischen Unternehmen -
1988, 79 S.

27. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN FINNLAND
1989, 65 S.
28. DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IM
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
1989, 55 S.
29. EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSBUND: EGB
1990, 56 S.

HUNDERT JAHRE 1. MAI (Sonderveröffentlichung)
1990, 54 S.

Infos sind verfügbar in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch und Norwegisch; 16 dagegen nur in Deutsch, Englisch, Französisch Spanisch. Ab Nr. 17 sind die Infos in allen genannten Sprachen verfügbar. Info Nr. 1 ist auch in Spanisch verfügbar; Nr. 8 in Griechisch, Nr. 23 auch in Portugiesisch und Info Nr. 24 in Türkisch. Info 30 ist nur in Deutsch, Englisch und Französisch verfügbar.

Die Infos sind erhältlich durch:

Europäisches Gewerkschaftsinstitut
66, bd de l'Impératrice, bte 4

B - 1000 Bruxelles

Preis: FB 300 pro Exemplar

Zahlbar an das Europäische Gewerkschaftsinstitut durch
Banküberweisung an CODEP, 5 Av. Galilée, 1030 Brüssel,
Konto-Nr. 870-9327012-40.

Auf der Grundlage des seit Januar 1990 geltenden
Preis- und Bezugssystems bestehen besondere Vereinba-
rungen für Gewerkschaften und Studenten.

Euroschecks in belgischen Franken (F.B.) als Verrech-
nungsschecks auf den Namen des Europäischen Gewerk-
schaftsinstituts oder Internationale Postanweisungen
in FB werden ebenfalls akzeptiert.

Das Urheberrecht für alle EGI-Publikationen ist ge-
schützt. Alle Zitate aus den EGI-Veröffentlichungen
bedürfen keiner vorherigen Genehmigung, sofern die
Quelle deutlich angegeben ist. Im Falle der Verwendung
von EGI-Studien oder der Bezugnahme auf sie in Veröf-
fentlichungen wird um die Zusendung eines Belegexem-
plars an den EGI-Infomationsdienst gebeten.

* * * * *
* * *